

45. Jahrgang

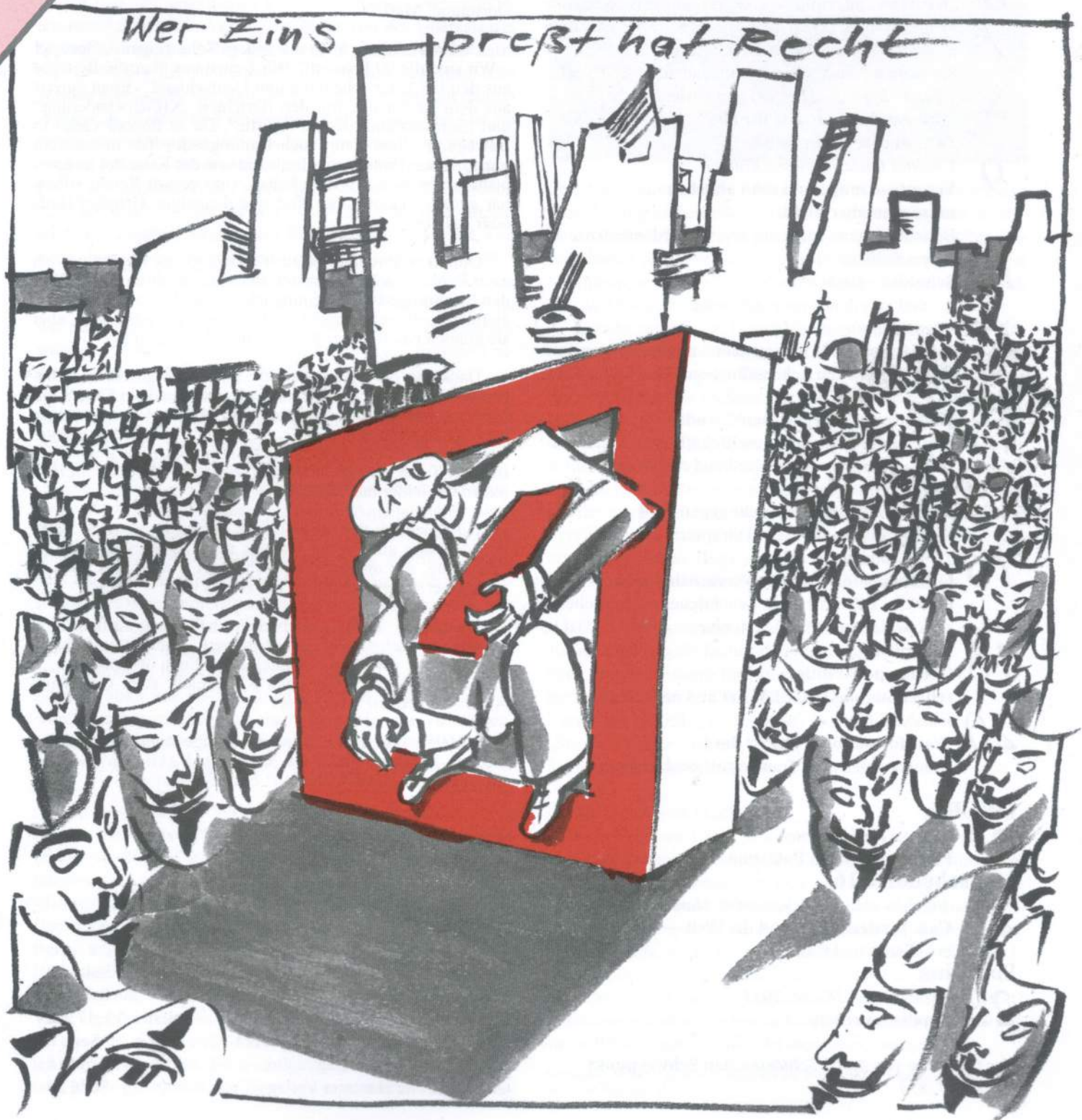
3-2012

€ 4,50

OCCUPY!
KRISEN

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3 *Hermann Schulz*
Für ein afrikanisches Afrikabild
 Warum ein Verein mit Moustapha Diallo kooperiert
- 4 *Wolfgang Belitz*
Tomaten und anderes

Schwerpunkt: occupy / Krisen

- 5 *Gregor Böckermann*
Die „Ordensleute für den Frieden“ und Blockupy Frankfurt
- 6 *AMOS*
„Krötenwanderung“ – eine Aktion zur Bankenkrise
- 7 *Fragen von AMOS an die Bank für Kirche u. Diakonie*
„Verantwortungsvolles Investieren“
 Antworten vom Vorstandsvorsitzenden Dr. E. Thiesler
- 8 *Rüdiger Bering – Theater Oberhausen*
„Schwarzbank. Kohle für alle“
 Fazit zu unserem Projekt
- 9 *Christof Lützel, Vanessa Bolmer*
Verantwortung kann man abgeben ... muss man aber nicht.
 Bericht aus dem Auge des Sturms der Bankenkrise
- 10 *Franz Segbers*
Schulden erlassen!
 „... und vergib uns unsere Schuld.“
- 12 *Anette Nitschmann-Mares*
Kinderarmut im Ruhrgebiet – mit betroffenen Kindern über ihre Lebenssituation reden
- 13 *Jörg Schneider*
Sind wir am ‚Vergriechen‘? – oder
 Strukturelle Förderung gesellschaftlicher Armut am Beispiel einer Stadt am Nordrand des Reviers
- 14 *Heiko Holtgrave*
Gestaltungsspielraum geht gegen Null
 Zur Haushaltssituation in Dortmund
- 16 *Yiannis Bournous*
Griechenland: Statt des Versuchslabors neo-liberaler Diktatur – ein Leuchtfener europäischen Volkswiderstands für Alternativen
- 18 *Ian Pollock*
Occupy possibilities – reflections on OCCUPY, art and activism
- 20 *Willibald Jacob*
Transformation – was ist das?
 Anmerkungen zum Transformationskongress

1WURF

- 21 *Sumaya Farhat-Naser*
Friedensarbeit in Palästina

Menschenorte 16

- 22 *Angelika und Anton Schlösser, Manfred Walz*
Cali, Wattenscheid und die Welt –
 bei Gladys und Ciro

Palästina

- 23 *Uri Avnery – 28. Juli 2012*
Zionismus reden

vier **Gedichte** von *Anton Schlösser* zum **Schwerpunkt** auf S. 5, 7, 8, 9

Editorial

„Die Zeit“ schreibt: „In Italien bringen sich seit einigen Monaten verzweifelte Menschen in aller Öffentlichkeit um.“ Und aus Griechenland lesen wir: Dimitris Christoulas, 77 Jahre alt, verbrennt sich selbst und schreibt in seinem Abschiedsbrief: „Die Besatzungsregierung Tsolagoglou hat wortwörtlich die Möglichkeit meines Überlebens auf Null gesetzt, die sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang selbst aufkam ... Weil ich ein Alter erreicht habe, das mir nicht die persönliche Möglichkeit gibt, um dynamisch zu reagieren ..., finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende, bevor ich Mülltonnen durchwühle, um mich zu ernähren.“ (aus einem Flugblatt des „Runden Tisch Eurokrise“ München). Das ist die Seite der Krise, der wir – zornig und traurig, aufmüppig und ratlos – im **AMOS** nachgehen wollten. Dazu haben wir Beiträge aus Griechenland, Herne, USA, Dortmund, Marl.

Und wir wollten auch die andere Seite zeigen: „Occupy! – Wir sind die 99 Prozent!“ Wir freuen uns über die Beiträge aus den USA, Griechenland und Deutschland – nicht zuletzt aus dem Revier u.a. mit den Berichten „Krötenwanderung“ und „Schwarzbank. Kohle für alle“. Da ist überall vieles in Bewegung – und somit auch Ermutigendes hier in unserem Land, dessen Banken und Industrie von der Krise der anderen bisher ordentlich profitiert haben. Und dessen Reiche offenbar genauso unantastbar sind wie diejenigen Griechenlands oder Italiens.

Um zu erfahren, ob es auch anders ginge, fragten wir bei zwei Banken nach und erbaten Berichte aus ihren abweichenden Erfahrungen. Die Stellungnahmen, in denen es denn doch ziemlich ‚offiziell‘ zugeht, sollen keine Werbung sein, aber sie können das Bild der Krise weiter vervollständigen.

Danke an die AutorInnen, die zusätzlich geschrieben haben. Wir haben unter den entsprechenden Artikeln Kästen mit Links zu weiterführenden Texten auf unsere Homepage, aber auch zu anderen Medien gesetzt – dort sollte gern weitergelesen werden! (Wer in dieser Zeitschrift nicht auch noch auf Internet-Texte verwiesen werden will, sage das. Aber im Heft haben wir leider nur 24 Seiten!)

Ausdrücklich danken wir hier Jochen Stankowski – für den 44 Jahre alten roten (damals noch schwarzen) **AMOS**-Schriftzug, der unseren Titel schmückt. Jochen hat den damals gesetzt, und wir finden ihn zeitlos gut!

Damit wir ‚zeitlos gut‘ bleiben, haben wir Anfang September die nächste Nummer diskutiert: „Metropole Ruhr? – Rückbau“ ist vorerst Arbeitstitel. Lasst Euch überraschen.

Über neue AbonnentInnen – vielleicht auch Geschenk-Abos – freuen wir uns immer!

AMOS wünscht uns allen viele jetzige und künftige aktive Occupy-Menschen, auch im Revier, und Aktionen wie etwa die geplanten „UmFAIRteilen“ Ende September.

Impressum ...	Seite 12
Abo-Bestellschein ...	Seite 11
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 13, 17, 22
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 6
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 15
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Für ein afrikanisches Afrikabild

Warum ein Verein mit Moustapha Diallo kooperiert

Seit mehr als fünfzehn Jahren gibt es den Peter Hammer Verein für Literatur und Dialog e.V.; er soll mit seinen Mitteln und der Gemeinnützigkeit die Literaturen aus den Kontinenten des Südens fördern, vornehmlich sich um Afrika kümmern. Warum es neben dem Verlag Peter Hammer einen Verein gibt, hat einen Grund; viele der Gesellschafter des Verlages, vor allem die mit kleinen Einlagen, legen keinen Wert auf irgendwelche Dividenden, sie wollten von Beginn an den Verlag und sein engagiertes Programm fördern. Sie spendeten ihre Anteile dem Verein, der heute von der Übersetzerin Gudrun Honke, der Pädagogin Regina Riepe und dem Schatzmeister Georg Leifels geleitet wird. Beiräte und Mitglieder beraten regelmäßig die Aktivitäten, vor allem die Literaturen Afrikas zu fördern und solche Projekte zu betreiben, die im Alltag eines kleineren Verlages kaum zu bewältigen wären.

Seit fast zwei Jahren liegt der Plan eines ungewöhnlichen Projektes auf dem Tisch, unter dem Stichwort „Die Großen Afrikas“. Ziel des Buches war von Anfang an, eine Anzahl wichtiger Persönlichkeiten des Kontinents vorzustellen, von denen hierzulande nichts oder nur wenig bekannt ist. „Größe“ sollte von vornherein nicht an unseren klassischen Maßstäben orientiert sein, sondern an jenen, die für Afrikaner gelten. Es war nur logisch, dass wir Vorschläge von Afrikanern brauchen würden und für die Redaktion und die Herausgeberschaft einen Afrikaner oder eine Afrikanerin gewinnen mussten.

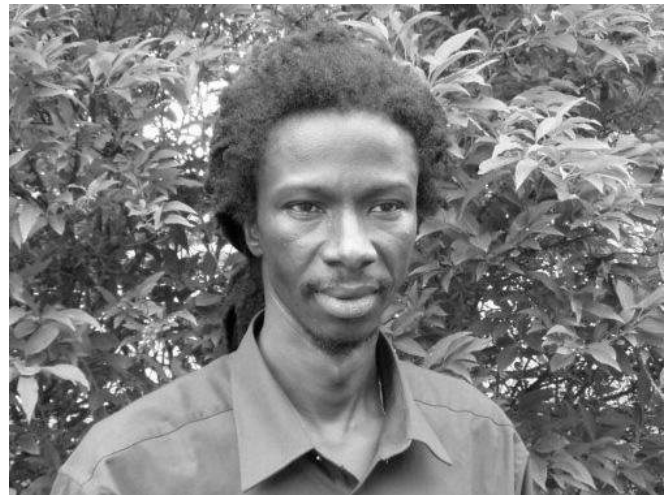
Der Vorstand konnte für diese Aufgabe den Germanisten Moustapha Diallo aus Senegal gewinnen. Mit ihm wird der abenteuerliche Plan vorangetrieben; im Herbst 2013 soll das Buch im Peter Hammer Verlag erscheinen.

Die Zusammenarbeit mit diesem afrikanischen Germanisten entwickelte sich zu einer spannenden Angelegenheit: ständiger Dialog und gegenseitige Beratung, gemeinsame Lösung von Problemen. Von vornherein war allen Beteiligten klar, dass ein Buch mit rund 50 Porträts keinen Anspruch auf Vollständigkeit würde erheben können. An den Vorschlägen, wer in die afrikanische Vorstellung von „Größe“ passen könnte, beteiligten sich Journalisten, PEN-Club-Mitglieder, Schriftstellerverbände und viele Einzelkontakte zu Autorinnen und Autoren aus mehr als 20 Ländern Afrikas. Wir wussten, es würde nicht ausreichen, mit einem guten Honorar zu winken, sondern wir mussten Vertrauen gewinnen, um gemeinsam mit diesem Buch ein neues, anderes Afrikabild vermitteln zu können.

Ein vergleichbares Vorhaben ist uns nicht bekannt.

Der Verantwortliche für diese Arbeit, Dr. M. Moustapha Diallo, wurde 1965 in Kaolack/Senegal geboren. Aus der umfangreichen Liste seiner Publikationen, seiner Studienorte und -themen sei hier nur seine Promotion in Paris über Ingeborg Bachmann genannt („summa cum laude“); nach einer Lehrtätigkeit am Institut für Germanistik Paderborn betreibt er sein Habilitationsprojekt. Fünf Sprachen spricht er gut bis sehr gut (nach eigener, wie immer bescheidener Einschätzung) und ist Vater von vier Kindern in Westfalen.

Der Verein freut sich, einen so kompetenten, vielseitig besessenen Afrikaner für das wichtige Projekt gewonnen zu haben. Natürlich stellten wir ihm die Frage, warum er nicht an



einer der Universitäten Afrikas arbeitet. Seine Antwort war vielschichtig und erhellend: Hier sei nur genannt, dass die traditionelle Haarkultur seines Volkes an den Universitäten seiner Heimat nicht auf Gegenliebe stößt und dass jemand ohne einflussreiche Verbindungen sehr wenig Chancen hat. Auch das ist Afrikas Wirklichkeit!

Inzwischen hat Dr. Diallo eine imposante Liste von Kandidaten für das Buch erarbeitet, mit den dazugehörigen afrikanischen Autoren. Der Wunsch aller Beteiligten: dass die Beiträge seriös recherchiert und trotzdem gut lesbar sein sollen. Auch und vor allem Jugendliche sollen mit diesem (ersten) Blick auf Afrika ein neues, ein afrikanisches Bild des Kontinents, seiner Geschichte und seiner Menschen erwarten können. Damit könnte eine neue Qualität von Dialog in Gang gesetzt werden, den die Verantwortlichen des Peter Hammer Vereins schon jetzt proben: mit einem Afrikaner, der einen klaren, kritischen Blick auf Europa und seine Kultur mitbringt, und ebenso einen auf seinen Heimatkontinent.

AMOS-Leserinnen und -Leser sind eingeladen, das aufwändige Projekt finanziell zu unterstützen:

Peter Hammer Verein für Literatur,
Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg,
Konto 1013130015, BLZ 35060190
„Stichwort „Die Großen Afrikas““
Spendenquittung ist möglich.

Dr. M. Moustapha Diallo:

in Deutschland seit 1992 | Schule und Studium: Senegal (bis zum Magister), Österreich, Deutschland, Frankreich | Promotion: 1996 in Paris (Thema: Exotisme et conscience culturelle dans l'oeuvre d'Ingeborg Bachmann = Wahrnehmung und Darstellung des Fremden im Werk Ingeborg Bachmanns) | Habilitationsprojekt über Interkulturalität in einer Nord-Süd-Konstellation | 2008-2011: Lehrbeauftragter am Germanistik-Institut der Uni Paderborn und Deutschlehrer am Ludwig-Erhard-Berufskolleg in Münster | Veröffentlichungen über Interkulturelle Kommunikation, Deutsch-Afrikanische Beziehungen, Afrika in der deutschen Literatur

Hermann Schulz ist Beiratsmitglied im Verein Peter Hammer und lebt als Autor in Wuppertal.

Wolfgang Belitz

Tomaten und anderes

Im August war ich mit meiner Frau zum ersten Male in Dresden. Am Sonntag besuchten wir mit mehreren hundert anderen Touristen um 11.00 Uhr den Gottesdienst in der Frauenkirche. Neben uns saß ein weiteres Touristenehepaar aus Westdeutschland, hörbar Chorsängerinnen mit ausgebildeter Stimme, sodass wir auch hier nicht gefordert waren. Alles andere machte der diensthabende Pfarrer.

Er predigte über Jesaja 62, darin spricht der Herr in Vers 8: Ich will dein Getreide nicht mehr deinen Feinden zu essen geben noch deinen Wein, mit dem du so viel Arbeit hattest, die Fremden trinken lassen, (9) sondern, die es einsammeln, sollen's auch essen und den Herrn rühmen, und die ihn einbringen, sollen ihn trinken in den Vorhöfen meines Heiligtums.

Zur Illustration dieses Textes erzählte der Prediger ein Beispiel aus seinem Alltagsleben. Aber zuvor gab er noch eine apodiktische Grundsatzklärung zu den Auslegungsgrenzen dieser Verse ab. Es gehe hier nicht, so sagte er, um Fragen der Wirtschaftsordnung und der gerechten Verteilung. Es verstehe sich doch von selbst, dass jeder im Arbeitsleben bekomme, was ihm zustehe. Darüber brauche man selbstverständlich nicht zu reden und also auch nicht angesichts eines solchen Textes zu predigen.

Dann erzählte der Prediger sein Beispiel zur Auslegung des Textes und führte aus: Er bewohne mit seiner Familie eine Stadtwohnung ohne Getreideacker und Weinberg, aber mit Balkon. Darauf pflanze man Blumen, ziehe Kräuter und züchte mit Erfolg Tomaten. Nun sei die Familie gerade im Urlaub gewesen, und freundliche Nachbarn hätten den Balkonanbau versorgt. Als man wieder heimgekehrt sei, habe man festgestellt, dass die freundlichen Nachbarn die Tomaten nicht abgerntet und aufgegessen hätten, sondern für seine Familie hätten hängen lassen, ganz wie es der Prophetentext vorsehe: Die sie anbauen, sollen sie auch essen und den Herrn loben.

Die Touristengemeinde war es zufrieden, den Text so ausgelegt zu bekommen, auch die reicher gekleideten Leistungsträgergattinnen. Ich habe die Aneignung der Tomatenernte durch die Tomatengärtner als ein etwas fernerliegendes Beispiel der Textillustration empfunden. Meine Gedanken gingen beim ersten Hören des Textes leider sofort in eine ganz andere Richtung.

Es handelt sich um eine plastische Verwendung der anthropologischen Schleife des Wesens der menschlichen Arbeit, deren Gelingen oder Misslingen nur und ausschließlich eine Frage der Wirtschaftsordnung ist. Gute Arbeit ist immer zugleich Selbstentäußerung und Selbstverwirklichung. Im Prozess des Arbeitens verliere ich mich selbst, indem ich mich der Herstellung des Produkts hingebe. Mit der Vollendung meines Tuns kehre ich zu mir zurück und bin wieder bei mir selbst. Die Fortdauer dieser anthropologischen Schleife charakterisiert den menschlichen Arbeitsprozess. Darin erfahre ich zugleich Arbeitsleid und Arbeitsfreude, Erniedrigung und

Produzentenstolz, Entfremdung und Erfüllung. „Die den Wein anbauen, womit sie viel Mühe haben, sollen ihn trinken.“

Die Tatsache, dass von dieser unaufhörlichen Bewegung mein Leben abhängt, bedeutet, dass es Arbeit ohne Mühsal nicht geben kann. Weil Arbeit immer auch Ausdruck der kreatürlichen Notwendigkeit ist und nicht der reinen Freiheit, so sehr sie in der Arbeit auch vorkommen mag, gibt es keine Arbeit ohne Entfremdung. „Mit Mühsal sollst du dich nähren dein Leben lang ... Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“ Das ist die kreatürliche Arbeitsrealität.

Wer Arbeit nur als Freiheit und Freude empfindet, arbeitet nicht, sondern hat andere für sich arbeiten lassen. Kapitalistische Arbeit ist anders. Der klassische Kapitalismus unterbricht die anthropologische Schleife des Wesens der Arbeit. Der neue Kapitalismus zerstört sie. Nach kapitalistischer Macht- und Rechtsordnung haben die Eigner die Macht und das Recht, die Produzenten und Produzentinnen in der Arbeit zu reglementieren und vom Ertrag ihrer Arbeit zu trennen, die Rückkehr zum Selbst ist nicht möglich. Das Sein bleibt Entfremdetsein. Die entfremdete Arbeit kämpft um mehr Freiheit oder besser weniger Entfremdung: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, humanere Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung. Die entfremdete Arbeit des alten Kapitalismus ist nicht Ausdruck der Kreatürlichkeit, sondern Folge der Herrschaft von Menschen über Menschen.

Der neue Kapitalismus unterbricht die anthropologische Schleife des Wesens der Arbeit nicht, er negiert sie und lässt damit die Arbeit erstarren zu lebloser Masse. Aus der lebendigen Arbeit ist der tote Kostenfaktor geworden, der nur nach Zahlen mechanisch funktioniert.

Gegenüber dem alten Kapitalismus, der bestimmt war von der Herrschaft des toten Kapitals über die lebendige Arbeit, ist im neuen Kapitalismus die Herrschaft des toten Kapitals über die tote Arbeit geworden. Entfremdete Arbeit kämpft, tote Arbeit kämpft nicht, weil sie nicht mehr leidet, und darum ist alles möglich. Grenzen werden nicht mehr erkennbar, weil niemand daran stößt. Über alledem liegt ein lähmendes Schweigen, das kaum zu ertragen ist.

Die neue Frauenkirche in der alten DDR ist stolz und froh über ihr neues Leben und möchte es nicht gefährden, indem sie das Schweigen bricht. Ich glaube, sie hat es gar nicht erst vernommen.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit 13 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind noch einmal nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Gregor Böckermann

Die „Ordensleute für den Frieden“ und Blockupy Frankfurt

Als am 15. Oktober 2011 die erste Occupy-Demonstration in Frankfurt a.M. stattfand und abends das Camp im Schatten der Europäischen Zentralbank bezogen wurde, meinte Heike, eine unserer Aktivistinnen: „Früher, als wir so jung waren wie die jetzt, brachten uns ältere Damen warme Getränke. Jetzt ist es wohl an der Zeit, dass wir den jungen Leuten Tee bringen.“

Zwei Tage später interviewte mich das Domradio in Köln. In einer Pressemitteilung hieß es dann: „Occupy gibt es in der katholischen Kirche schon seit 20 Jahren.“

Ja, die Ordensleute für den Frieden halten seit 1990 jeden ersten Donnerstag im Monat Mahnwachen vor der Zentrale der Deutschen Bank. Aber weder von den Bischöfen noch von den Ordensleitungen wurden wir dabei sehr unterstützt.

Auch bei Occupy irritierte uns einiges: die basisdemokratische Entscheidungsfindung, das Verbot von Parteien, Gewerkschaften, Attac ... oder die Parole: „Wir sind die 99%.“

Ganz so radikal sind die Ordensleute nicht. Sie sagen: Zehn Prozent in Deutschland bereichern sich auf Kosten von 80%. Wer nicht jeden dritten Euro, den sie/er ausgibt, aus Zinserträgen bekommt, gehört zu den VerliererInnen in diesem Wirtschaftssystem.

Bei der Umzingelung des Bankenviertels am 12.11.2011 mit über 10.000 TeilnehmerInnen führten wir unser „Mahnmal für eine gerechte Wirtschaftsordnung“ mit: ein Ortsschild mit der Aufschrift: „Bankfurt: Sie verlassen den demokratischen Sektor“ und auf der Rückseite: „Frankfurt: Sie verlassen den kapitalistischen Sektor“.



Gefreut haben wir uns, dass das Camp den ganzen Winter über, auch bei eisigen Temperaturen, bewohnt war.

Als dann vom 16. – 20. Mai 2012 Blockupy geplant wurde, haben auch wir uns mit unseren bescheidenen Kräften eingebracht. Für den 18.5.2012 meldeten wir eine Kundgebung vor der Deutschen Bank an, die vom Ordnungsamt abgelehnt wurde mit der Begründung, die ganze Innenstadt sei schon „von den Linken“ in Beschlag genommen. Als ich dann argumentierte, wir seien aber Teil von Blockupy, fiel auch unsere Demo dem allgemeinen Verbot zum Opfer. Im Juni erhielten wir von der Gerichtskasse Frankfurt eine Rechnung über 127,- Euro wegen der Klage beim Hessischen VGH gegen die Verfügung der Stadt Frankfurt.

Wie geht es für uns weiter?

Wir halten fest an den monatlichen Mahnwachen vor der Deutschen Bank, auch wenn wir nur 7 – 12 Personen sind. Die Protestwoche nach Pfingsten ist inzwischen auf einen Tag geschrumpft. In diesem Jahr haben wir während der Hauptversammlung der Deutschen Bank am 31.Mai Gülle ausgekippt. „Stinkattacke auf Aktionäre“ hieß es in der Presse, und dass Globalisierungskritiker davor warnen, dass Jain, der neue Chef der Bank, und seine Investmentbanker noch größere „Schweinereien“ begehen als bisher.

Uns geht es aber nicht so sehr um die krummen Geschäfte der Banken oder um die globale Finanzkrise. Für uns steht die Deutsche Bank vielmehr als Symbol für das kapitalistische Wirtschaftssystem, das „über Leichen geht“. Und das gehört abgeschafft, denn sonst gibt es keine Hoffnung für unseren Planeten Erde und keine Zukunft für die kommenden Generationen.

Gregor Böckermann, Jahrgang 1940, bis 2005 Mitglied der Afrikamissionäre/Weisse Väter – dann Heirat; lebt in Neu-Isenburg.

Einladung

ChristInnen gegen Finanzkapitalismus

Unter diesem Motto veranstalten Ökumene 2017 und die Ordensleute für den Frieden eine Protestaktion vor der Deutschen Bank.

Wann: Freitag, 19. Oktober 2012 von 11:30 - 13:00 Uhr

Wo: Zentrale der Deutschen Bank, Taunusanlage, 60325 Frankfurt/M.

Die Protestaktion findet statt im Rahmen der Konziliaren Versammlung.

Informationen unter www.pro-konzil.de.

Prominente Rednerin: Susan George, ATTAC-Mitbegründerin

Herzliche Einladung, auch an nichtchristliche Menschen und Organisationen!

Gregor Böckermann

Weitere Informationen: Bruno Hessel www.oekumene-2017.de

.....

Die Börse uns
Sind die Zäune eingebrochen
Die Schafe nicht mehr da
Weggeführt die Zeit der
Pacht die nicht bezahlt
Nun sind die Weiden leer
Grün das Gras
Die Knospen auf
Geplatzt ist das Zusammen
Sein mit Wolle Gleichmut Wiederkäuen

Anton Schlösser

AMOS

„Krötenwanderung“ – eine Aktion zur Bankenkrise

Angeregt durch eine Attac-Initiative startete in Recklinghausen im Mai 2012 eine Aktion zur Bankenkrise: „Krötenwanderung“!

Krötenaufkleber auf dem Marktplatz wanderten von der ‚zufällig‘ am Platz stehenden Großbank weg in alle Richtungen. „Krötenwanderung“ heißt: nehmt euer Geld von den Konten der mächtigen Banken und legt es sozial, ökologisch und ethisch an bei Banken, die sich solche Kriterien für die Geldverwendung gegeben haben und kontrollieren, was mit Krediten und Geldanlagen geschieht.



Ein Infostand klärte über die negativen Folgen auf, die viele Banken mit ihrer Kreditvergabe erreichen: Verteuerung von Lebensmitteln, Mieten, Verarmung der betrof-

fenen Menschen, Überschuldung von Staaten, Kommunen, Einzelpersonen.

Rendite ist das oberste Ziel, dafür wird dann in Rüstungsgeschäfte, Ölsände, Urwaldvernichtung, Landnahmen oder Atomenergie investiert. Geldanleger entziehen sich den (wahrlich niedrigen) Steuern im Inland und lassen ihr Geld mithilfe dieser Banken in Steueroasen Zinsen bringen, wo die Deutsche Bank und andere ihre Briefkastenfirmen und Fondsstützpunkte haben.

„Krötenwanderung“ heißt auch, selber nach Projekten Ausschau halten, die gar nicht über eine Bank finanziert werden müssen: zum Beispiel Bürgersolaranlagen, Bürgerwindanlagen, Genossenschaften für Ökolandwirtschaft, zur Stromerzeugung oder für Stadtwerke. Es könnte heißen: „Stiften gehen!“ - also direkt über eine Stiftung die Ziele benannt werden, die gefördert werden sollen.

„Krötenwanderung“ könnte heißen: Projekte jenseits des Geldmarktes unterstützen – z.B. Tauschringe oder Lokalgeld.

Der Stand wurde von der Recklinghäuser Attac-Gruppe getragen. Sie wollen keine Werbung für eine bestimmte Bank oder Kasse machen, sondern aufklären über die schädlichen Folgen einer nur an der Rendite orientierten Finanzanlage.

Selbst aktiv werden! Bankwechselwoche 2012

In der Weltsparwoche vom 29.10. – 4.11. will das Aktionsbündnis „Bankwechsel jetzt!“ Millionen Kröten wandern lassen! Immer mehr Menschen zeigen, dass sie mit dem Umzug ihrer Konten zu einer ethisch und nachhaltig arbeitenden Bank Veränderung schaffen. Eine andere Bankenwelt ist möglich und wir alle können Teil davon sein!

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2. Auflage



2012 - 310 S. - € 29,90

Haben sich Migrantinnen und Migranten in Deutschland überhaupt gegen Rassismus zur Wehr gesetzt? Und welchen Nutzen für eine kritische Gesellschaftstheorie ziehen wir, wenn wir den Spuren des migrantischen Widerstands nachgehen? Unter Rückgriff auf eine historische Analyse der Auseinandersetzungen von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik entwickelt Manuela Bojadžijev eine relationale Theorie des Rassismus, die in der Lage ist, seine historischen und aktuellen Konjunkturen zu bestimmen.



2012 - 232 Seiten - € 27,90

Fähigkeiten im Umgang mit migrationsbedingter, gesellschaftlicher Vielfalt jenseits nationalstaatlicher Logik finden sich bereits im urbanen Alltag. Von hier aus werden sie in globale Diskurse eingebracht. Demgegenüber steht im national verfassten Staat allerdings (noch) das machtvolle Beharren auf der Ziehung von Grenzen.

Fragen von AMOS an die Bank für Kirche und Diakonie:

„Verantwortungsvolles Investieren“

Antworten vom Vorstandsvorsitzenden Dr. Ekkehard Thiesler

Gibt es Folgen der Finanzkrise für die KD-Bank?

Unser Kerngeschäft ist es, auf der einen Seite Gelder von Kirche und Diakonie als (Spar-)Einlagen oder Termingelder hereinzunehmen und diese auf der anderen Seite als günstige Darlehen für kirchliche und diakonische Projekte herauszulegen. Das heißt, wir finanzieren Krankenhäuser, Kindergärten, Einrichtungen für alte und behinderte Menschen, Hospize usw. Zu diesem Zweck haben uns unsere Gründungsväter in den 1920er-Jahren als evangelische Darlehensgenossenschaft ins Leben gerufen. Durch den klaren Bezug zur Realwirtschaft sind wir von der Finanzkrise nicht direkt betroffen.

Wir legen Kundengelder auch am Kapitalmarkt an. Die strengen Bonitätsvorgaben und unser Nachhaltigkeitsfilter haben uns jedoch vor Auswirkungen der Krise weitgehend geschützt und uns bislang gut durch die bewegten Zeiten kommen lassen. Dafür sind wir sehr dankbar.

Positive Folgen können wir auch ableiten: Wir sehen unser Geschäftsmodell als genossenschaftliche Spezialbank erfolgreich bestätigt. Das zeigt sich auch in unserem Wachstum. Wir haben noch nie so viele Gelder anlegen und als Kredite ausleihen dürfen wie heute. Seit der Finanzkrise ist auch das mediale Interesse an unserem Haus als alternative Bank deutlich gestiegen.

Lässt sich das beziffern?

Die Bilanzsumme der Bank liegt inzwischen bei 4,6 Mrd. Euro. Rund 1,4 Mrd. Euro haben wir als Kredite vergeben, vornehmlich an Kirche und Diakonie sowie für den privaten Wohnungsbau.

Haben Kunden von Ihnen auf die Krise reagiert?

Natürlich hat die Finanzkrise unsere Kundinnen und Kunden verunsichert. Sicher musste auch der eine oder andere Anleger ein paar ‚Federn lassen‘ und Verluste hinnehmen. Wir empfehlen unseren Kunden im Rahmen unserer Beratung deshalb immer wieder, sich zunächst über eine strukturierte, auf die individuellen Bedürfnisse und Ziele abgestimmte Geldanlage Gedanken zu machen. Darauf aufbauend raten wir meist zu einem abgestimmten Mix aus Geld-, Aktien- und Immobilienwerten. Langfristig gesehen ist es einfach wichtig, nicht alles auf eine Karte zu setzen. Dies ist ein guter Schutz für die Geldanlagen, auch z.B. vor der Inflation, die aktuell von vielen gefürchtet wird.

Kennen Sie die Aktion „Krötenwanderung“?

Ja, wir kennen die Bankwechsel-Aktion „Krötenwanderung“ von Attac. Attac stuft uns als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit ein und empfiehlt die Bank für Kirche und Diakonie als alternative Bank. Wir begrüßen die Aktion und freuen uns, dass Attac auf uns aufmerksam macht.

Haben Sie eine ausdrückliche „Ethik“ bzw. einen „Filter“, was die Wiederanlage der Ihnen übergebenen Gelder angeht?

Ja, der verantwortungsbewusste Umgang mit dem Geld unserer Kunden ist für uns seit jeher wichtig. Seit 2007 setzen wir als erste evangelische Kirchenbank einen „Nachhaltig-

keitsfilter“ ein, mit dem wir unsere Anlagepolitik systematisieren und transparent gestalten. Er sorgt dafür, dass soziale und ökologische Aspekte gleichberechtigt zu ökonomischen Anforderungen Beachtung finden. Wir kombinieren einen so genannten Best-in-Class-Ansatz mit Ausschlusskriterien. Das Best-in-Class-System sorgt dafür, dass in Unternehmen investiert wird, die sich innerhalb ihrer Branche vorbildlich verhalten. An Unternehmen aus Branchen, die als besonders kritisch angesehen werden, stellt der Filter erhöhte Ansprüche. Die Ausschlusskriterien sorgen dafür, dass die Bank in bestimmte Unternehmen und Länder gar nicht investiert. Ausgeschlossen sind beispielsweise Länder, in denen Menschenrechte extrem eingeschränkt werden, oder die ein besonders hohes Rüstungsbudget aufweisen oder in denen die Todesstrafe nicht gänzlich abgeschafft wurde. Im Bereich Unternehmen sind Atomenergie, Grüne Gentechnik, Kinderarbeit oder kontroverses Umweltverhalten Beispiele für Ausschlusskriterien. Der KD-Bank-Nachhaltigkeitsfilter hat sich inzwischen zu einer Benchmark für Investitionen im evangelischen Bereich entwickelt und reicht sogar noch weiter als der Leitfaden der EKD für die ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche, bei dessen Erstellung wir aktiv mitgewirkt haben.

Aktuell gehen wir noch einen Schritt weiter – übrigens als erste Genossenschaftsbank in Deutschland – und versuchen über den kritisch-konstruktiven Dialog und die Stimmrechtsausübung Einfluss auf Unternehmen zu nehmen. Hierbei setzen wir gemeinsam mit kirchlichen und diakonischen Anlegern rund 4,6 Mrd. Euro Kapital ein, um uns für Menschenrechte, bessere Arbeitsbedingungen und das zunehmende Einschränken von Kinderarbeit aktiv einzusetzen.



BANKW€CHSEL
→ Zeit für Krötenwanderungen **JETZT**

Verlegenheitsgedicht

Banken zocken sich vor Lachen
wenn KanzlerInnen in der Hose
Männchen machen müssen wir
die Gürtel enger schnallen
zu retten nur *das Rettende*
muss die Hose runter in die
Wäscherei mit neuem Geld
die Wäscherei zu waschen.

Anton Schlösser, Jg. 35, Studium der Medizin, Geschichte, Philosophie und Germanistik, Dr. med., 78 – 96 Leiter der im Rahmen der Psychiatrie-Enquete gegründeten Fachklinik Langenberg, lebt in Hattingen, engagiert seit Anfang der 70er Jahre in der Friedensbewegung und der Sozialpsychiatrie

Rüdiger Bering – Theater Oberhausen

„Schwarzbank. Kohle für alle“

Fazit zu unserem Projekt

Ein (vorläufiges) Fazit des vom 16. – 31. März 2012 in Zusammenarbeit mit dem Performancenetzwerk ‚geheimagentur‘ in Oberhausen durchgeführten und dank Mitteln aus dem Fonds „Heimspiel“ der Kulturstiftung des Bundes ermöglichten Projektes „Schwarzbank. Kohle für alle“ fällt ausgesprochen positiv aus.

Die Resonanz auf das Projekt, bei dem am 16.3.2012 im Theater Oberhausen die Schwarzbank gegründet wurde, deren Filiale in der Fußgängerzone dann zwei Wochen lang sogenannte „Mikrokredite“ an Oberhausener Bürger für meist soziale freiwillige und ansonsten unbezahlte Tätigkeiten verteilte, hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen.

Nicht nur, weil sich über 80 Oberhausener Geschäfte, Kulturinstitutionen und Einrichtungen an dem Projekt aktiv beteiligten, indem sie mit dem Konterfei des Oberhausener Künstlers Christoph Schlingensief bedruckte 1-, 5- und 10-Kohle-Scheine für ausgewählte Produkte und Dienstleistungen annahmen: Mit dem Mikrokredit von 20 Kohle oder dem von der Tourist Information am Oberhausener Hauptbahnhof ausgegebenen Begrüßungsgeld in Höhe von 5 Kohle konnten nicht nur Nussecken, Honigwodka oder Currywurst erworben werden, sondern auch Schwimmbadbesuche, Stadtführungen, Rechtsberatungen, Ausstellungsbesuche, Wellness- oder Weiterbildungs-Angebote bezahlt werden. Die Caritas gab gegen Kohle Essen aus. „Schwarzbank. Kohle für alle“ war also nicht nur ein künstlerisches Projekt und ein Feldversuch, sondern ermöglichte durch die „Mikrokredite“ (die durch eine einstündige, meist soziale Tätigkeit abgegolten waren) auch Bedürftigen, sich Dinge zu kaufen, die sie sich ansonsten selten leisten können: zum Beispiel ein „Schlemmer-Menü“, das von einem Feinkostgeschäft explizit für Leute mit wenig Geld angeboten wurde.

Nicht nur, weil der intensive Austausch mit unseren beiden brasilianischen Gästen von der Banca Palmas aus einem Stadtteil Fortalezas uns und anderen Oberhausenern verblüffende Erkenntnisse und spannende Anregungen vermittelte: Das Viertel wurde durch die Banca Palmas und die von ihr herausgegebene soziale Komplementärwährung Palma vor der Verslumung bewahrt, da das Geld nicht mehr aus Palmeiras abfließen konnte. Eine Veranstaltungsreihe mit Filmen, Vorträgen und Diskussionen zu den Themen Finanzwirtschaft, Finanzkrise oder Solidarische Ökonomie gab der Diskussion um die hochverschuldete Kommune Oberhausen neue Impulse.

Das Schönste an diesem so erfolgreichen Projekt war für die ‚geheimagentur‘ und das Theater Oberhausen aber die überwältigende Resonanz durch die Oberhausener Bevölkerung: Der Container in der Oberhausener Innenstadt war in den zwei Wochen ein stets gut besuchter Anziehungspunkt und ein echtes sozio-kulturelles Zentrum; an drei Tagen wurde zusätzlich im Ortsteil Sterkrade eine zweite „Filiale“ der Schwarzbank eröffnet. Über 500 „Mikrokredite“ wurden aus-

gegeben: Die Vorschläge der Oberhausener, was sie für 20 Kohle als einstündige Tätigkeit bereit wären zu tun, offenbarte einen überraschenden Reichtum an Phantasie und Engagement für das Gemeinwohl. Dabei erreichten wir auch Menschen, die noch nie im Theater waren. Zur Begeisterung für die Schwarzbank und die Kohle trägt sicher bei, dass nach all den meist fatalistischen und frustrierenden Medienberichten über Oberhausen als „Musterbeispiel“ für eine total verschuldete Stadt unser Projekt endlich mal kreative und damit positive Impulse gab. In der Abschlussveranstaltung am 31. März im Großen Haus des Theaters Oberhausen wurde lebhaft diskutiert, ob und wie es mit der „Kohle“ weitergehen solle. Die einhellige Antwort war: Ja, die Kohle hat in Oberhausen eine Zukunft! Seither trifft sich jeden Montag ein Stammtisch, um verschiedene Vorschläge zu diskutieren; auch der Kämmerer und Kulturdezernent der Stadt, Apostolos Tsalastras, gehört zu den Befürwortern. Einige Geschäfte bieten nach wie vor Produkte gegen „Kohle“ an. Im Rahmen des NRW-Theatertreffens, das 2012 in Oberhausen stattfindet, soll das Projekt noch mal vorgestellt, reflektiert und kommentiert werden. Insofern ist das künstlerische Projekt „Schwarzbank. Kohle für alle“ beendet, das soziale Projekt aber sicher nicht ...

Rüdiger Bering, Jg. 1961, Geschäftsführender Dramaturg, Theater Oberhausen

Einladung

Für Bildung braucht's viele – Würde und Verantwortung

Unter diesem Motto findet vom 22. 09. bis 18. 12. 2012 in Marl das 12. Abrahamsfest statt.
Kontakt und Infos: i-Punkt Marl, Tel: 02365 / 994310
www.abrahamsfest-marl.de

.....

Tagelöhner

Ich seh dich an als
kennstest du mich nicht

mit nichts sonst als
Alltäglichkeit
des alltäglichen Untergangs

nimmt der Löhner der Tage
abends Übrigbleibendes mit
vom Mund auf die Seele gespart

Da kontost es sich fest
laut das Vorgerechnete abgerechnet

hebt an einen Toast auf den Zins.

Anton Schlösser

Christof Lützel, Vanessa Bolmer

Verantwortung kann man abgeben ... muss man aber nicht.

Bericht aus dem Auge des Sturms der Bankenkrise

„Too big to fail“ ist eines der Schlagwörter der Bankenkrise. Die großen Spieler des Finanzmarktes (ver-)spekulierten und drückten sich anschließend vor ihrer Verantwortung. Die Verluste wurden vergemeinschaftet, während die Gewinne bei den Banken verblieben. Verzweifelte Rettungsaktionen waren nötig, leere Versprechen folgten. Wirklich weiter ist man bis heute nicht gekommen. Die Menschen warten nach wie vor auf klare, eindeutige Antworten auf ihre teils unbequemen Fragen. Initiativen wie Occupy Wall Street, dessen Welle nach und nach auch über Europa schwappte, oder die Krötenwanderung – angestoßen von Attac – sprechen eine deutliche Sprache. Zum einen fordern sie die Akteure eines schwächelnden Finanzsystems auf, über ihre Entscheidungen und die zum Teil schwerwiegenden Folgen nachzudenken und endlich reformierende Schritte einzuleiten. Zum anderen appellieren sie an ihre Mitmenschen, selbst Verantwortung zu übernehmen und über die inhaltliche Ausrichtung ihrer Geldanlagen nachzudenken. Dabei kritisieren sie zu Recht Banken nicht per se, sondern streben an, Impulse für ein dringend notwendiges Umdenken in der Finanzwelt zu setzen. Ein Umdenken, das ein kleiner Markt nachhaltiger Banken bereits seit vielen Jahren lebt – und das äußerst erfolgreich.

Geld ist für die Menschen da.

Der Hauptsitz der Vorreiterin des nachhaltigen Bankgeschäfts, der GLS Bank, ist in Bochum, im Herzen des Ruhrgebietes. Seit ihrer Gründung 1974 lautet ihre oberste Maxime: „Geld ist für die Menschen da.“ Es dient den Menschen sowie der Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, wie regenerativer Energien oder ökologischer Landwirtschaft, nicht jedoch umgekehrt. Erfüllt sie diese Aufgabe effizient, dann ergibt sich auch ein monetärer Gewinn, der niemals das alleinige Ziel darstellt. Dieses wichtige Merkmal setzt sich in Gesprächen mit ihren Kunden fort: Nicht der finanzielle Profit steht im Fokus, noch winkt eine Provision für die Kundenberater. Stattdessen orientiert sie sich bei der Beratung ihrer Kunden an den Wünschen und Bedürfnissen der Anleger. Die Kunden selbst bestimmen, wie und wo ihr Geld der Realwirtschaft nützen soll. Das Bochumer Finanzinstitut achtet in erster Linie auf den Zweck, d.h. die Intention einer Investition. Wo und wie wirkt sie in unserer Gesellschaft?

Gemeinsam erreichen, was einer allein nicht schafft.

Die Risiken des derzeitigen Finanzsystems, muntere Spekulationen mit wertvollen Rohstoffen oder fragwürdige Finanzierungen von z.B. Rüstungsindustrien, stellt die GLS Bank immer wieder infrage. Während die großen Finanzinstitute mit Kritik konfrontiert werden, erfahren genossenschaftliche Modelle, wie die GLS Bank eines ist, seit geraumer Zeit eine Renaissance. Sie agieren dezentral und nahe am Menschen. Organisiert in Verbunds- und Sicherheitsstrukturen fangen sie potenzielle Fehlerquellen rechtzeitig auf und verhindern so, dass Dritte zu Schaden kommen. Im Einzelnen sind sie kleine

Institute, doch gemeinsam zeichnen sie Zukunftsbilder. Denn ihre Mitglieder sind Menschen, die bewusst an gesellschaftlicher Veränderung partizipieren möchten. Aus diesem Grund bilden die Mitglieder der GLS Bank das Fundament ihrer Arbeit. Erst durch ihre Mitgliedschaftsanteile wird das sozial-ökologische Kreditgeschäft möglich. Mit ihrer Stimme, die sie auf der jährlichen Generalversammlung einsetzen, gestalten sie die Richtung und Entwicklung ihrer Bank aktiv mit.

Im Fokus steht der Mensch, nicht Profit.

Durch eine stringent transparente und authentische Kommunikation schafft die GLS Bank die Basis für eine vertrauensvolle Geschäftsbeziehung. Ihre Mitglieder und Kunden können ihr buchstäblich in die Karten schauen: Jeder neu vergebene Kredit wird veröffentlicht, Gleiches gilt für ihre Eigenanlagen und Kostenstrukturen. Selbst potenzielle Kunden können die Arbeitsweise en détail nachvollziehen. Dieser Faktor, einen umfassenden Einblick in die Investitionen ihrer Bank zu erhalten, zählt zu den entscheidenden Kriterien, warum Menschen sich für die GLS Bank entscheiden. Eine nachhaltige Orientierung ist nicht nur für den Einsatz des Geldes vorgesehen, sondern fest in allen internen Strukturen der GLS Bank implementiert. Während die Occupy-Aktivisten in der Nähe der Frankfurter Filiale vor der EZB ihre Zelte aufschlugen, war es eine menschliche und spontane Reaktion der GLS Mitarbeiter, den Aktivisten eine warme Dusche und Kaffee anzubieten. Aus den Reihen der Aktivisten entwickelte sich der Slogan „Dusche frei für Occupy“. Die überwältigende Resonanz, die unter den Menschen und in der Presse folgte, ist vor allem in der Authentizität der GLS Bank begründet. Und dadurch lässt sich auch ihr Erfolg und das zweistellige Wachstum der vergangenen Jahre erklären. Sie entwickelt kontinuierlich ein neues verantwortungsbewusstes Bankgeschäft. Durch ihre strikte nachhaltige Ausrichtung und ihre hohen Transparenzstandards erarbeitete sie sich Glaubwürdigkeit. Die GLS Bank folgt keinem aktuellen Trend. Sie setzte ihn vor fast 40 Jahren.

Christof Lützel ist Bankbetriebswirt, seit vielen Jahren als Pressesprecher und Prokurist der GLS Bank tätig. Zudem engagiert er sich als Mitarbeitervertreter im Aufsichtsrat und in seiner Freizeit musiziert er gerne auf der Geige.

Vanessa Bolmer hat an der RUB „Europäische Kultur und Wirtschaft“ studiert, als Freie Journalistin gearbeitet und schließlich im vergangenen Jahr als Trainee in der GLS Bank begonnen, weil sie ihre Art des Bankgeschäfts immens wichtig findet und helfen möchte, es in die Welt hinauszutragen.



Vergesellschaftung

Ein Denkspiel

Die Sache mit der listigen Zunge
 Die Zähne auf sich nimmt
 Um ihre Wahrheit zu kauen
 Geschluckt werden muss sie
 Verdauen um nicht zu versauen
 In Latrinen zum Vers an der Wand.

Anton Schlösser

Franz Segbers

Schulden erlassen!

„... und vergib uns unsere Schuld.“

Im kulturellen Gedächtnis der Menschheit: der Schuldenerlass.

Es gibt eine Jahrtausende alte Tradition, die bis nach Mesopotamien zurückreicht und auch in der Bibel zu finden ist. Die Bibel stammt aus einer uns fremden Welt. In ihr war die Ökonomie selbstverständlicher Teil einer umfassenderen Lebenswelt. Nicht die Gesellschaft war der Ökonomie unterworfen, sondern die Ökonomie war Teil des Lebens.

Christen, Juden und Muslime stehen in einer Jahrhunderte alten Tradition eines Schuldenerlasses. Wenn sie diese Tradition in Erinnerung rufen, dann demaskieren sie eine menschenverachtende Verschuldungskrise: Die sozialen Errungenschaften von Athen über Madrid bis Lissabon werden infrage gestellt, Löhne und Renten werden gekürzt, Staatsbedienstete entlassen, Tarifverträge zerschlagen und reguläre Beschäftigung entsichert, damit ‚die Finanzmärkte‘ zufrieden sind. Sonst drohe Ungemach. Während in Griechenland der Sozialstaat zerstört wird, konstatiert der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, im Wallstreet Journal: „Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient. Oberstes Ziel muss es sein, das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herzustellen.“ (22.2.2012) Mario Draghi versteht also die sogenannte Schuldenkrise als Hebel für einen europäischen Systemwechsel, sich vom Sozialstaat und seinen zivilisatorischen Errungenschaften loszusagen. Was in Griechenland passiert, geschieht exemplarisch für das gesamteuropäische Projekt einer sozialstaatlich unterlegten Demokratie. Draghi macht eine Reihenfolge deutlich: Vorrang gegenüber der Demokratie hat das „Vertrauen der Finanzmärkte“. Gegenüber dem „Vertrauen der Finanzmärkte“ sollen Sozialstaat und Demokratie zurücktreten. Sich an dieses Ziel unbedingt anzupassen gilt als vernünftige Politik. Erschüttert ist das „Vertrauen an die Finanzmärkte“ dadurch, dass diese einen Verlust ihrer Guthaben befürchten. Sie konnten bislang ihr Vermögen durch Staatsanleihen und z.B. die Verschuldung Griechenlands mehren. Deshalb heißt „Vertrauen in die Finanzmärkte“ in der Sache, dass die bisherige Politik der Vermögensvermehrung weiterhin oberstes und einziges Ziel bleiben soll.

Die Finanzmärkte sind keineswegs Millionen einzelner Marktakteure, sondern vielmehr institutionelle Anleger wie Hedgefonds oder Pensionsfonds, die eine ökonomische und politische Macht entwickeln. Diese bildet eine Finanzoligarchie, welche die derzeit herrschende Weltmacht darstellt. So stellt die us-amerikanische Bank Goldman Sachs mittlerweile in Europa einige führende Politiker: Mario Draghi, der Präsident der EZB, der frühere griechische Präsident Papademos und der italienische Präsident Monti. Der jetzige us-amerikanische Finanzminister war Mitarbeiter von Goldman Sachs. Und es sei daran erinnert, dass es die Bank Goldman Sachs war, die Griechenland dabei geholfen haben soll, einen Teil seiner Staatsschulden zu verschleiern, um überhaupt in den Euroraum aufgenommen zu werden. Man kann also dem „Handelsblatt“ nur beipflichten, das in einem Kommentar zur Berufung von Papademos von einem „stillen Putsch“ spricht,

denn nun „bekommen die Finanzmärkte, was sie wollen“ (Handelsblatt 16.11.2011). Finanztechnokraten wurden eingesetzt, nachdem Griechenlands Premier es gewagt hatte, ein Referendum zu stellen und man Erfahrungen mit einem Referendum in Island hatte. Finanzmärkte mögen keine Demokratie und Beteiligung der Menschen, die für den Schuldendienst entstehen müssen.

„Geierfonds“

Um ausstehende finanzielle Schulden einzutreiben, wurden Menschen in der Antike versklavt oder in Schuldknechtschaft gesteckt. Heute wird der Zwang nicht weniger unerbittlich ausgeübt. Da gibt es sogenannte „Geierfonds“, die mit äußerster Brutalität Geschäfte mit dem Elend ganzer Staaten machen: so der amerikanische Hedgefonds Donegal, der 1999 einen Kredit über 15 Mio. Dollar, den das bitterarme Land Sambia zu tragen hatte, aufgekauft hatte. Der Fonds erwarb den Kredit zu einem Spottpreis von 3 Mio. Dollar, klagte Tilgung, Zinsen und Verzugszinsen in der Höhe von 55 Mio. Dollar ein. Am Ende wurde aus der Kaufsumme von 3 Mio. Dollar ein menschenverachtendes Geschäft, das 17 Mio. Dollar erbrachte. Was Geierfonds für Afrika erledigen, vollzieht die Troika aus EZB, Währungsfonds und Europäischer Kommission – nur mit ‚feineren‘ Mitteln. Doch Griechenland wird nicht weniger unerbittlich in bittere Armut gestürzt, nur damit die Schulden bezahlt werden. In Griechenland breiten sich weiter Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne abgesenkt, das Gesundheitswesen zurückgefahren. Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die 73 Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als zur Bedienung der Kreditgeber, die außerhalb Griechenlands sitzen. Gerettet werden die Banken. Weder Europa noch Bürger Europas profitieren, so der deutsche Ökonom Max Otte, sondern die Banken. Schuldentrückzahlung bekommt den Rang eines Menschenrechts. Das will jedenfalls ein Hedgefonds, der laut der New York Times vom 19. Januar 2012 gegen einen Teilschuldenerlass beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg mit der Begründung klagten will, dass ja die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden.

Schuldnerberater wissen zu berichten, wie es auch Privatschuldnern geschehen kann, wenn eine ursprüngliche überschaubare Verschuldungssumme durch Zinsen, Mahngebühren, Verzugsschulden und Inkassogebühren sich um ein Mehrfaches erhöhen kann. Fragen wir also: Warum sind Bürger und Staaten innerhalb Europas so unerbittlich gegeneinander, gerade wenn es um die Schuldentrückzahlung geht? Wie kommt es, dass die Schulden alle moralischen Bedenken verdrängen und ein Verhalten legitimieren können, das ansonsten ethisch völlig inakzeptabel ist?

Der amerikanische Soziologe David Graeber ist den Schulden in der Geschichte nachgegangen und hat heraus-

gefunden, dass der Kampf um die Rückzahlung von Zinsen im Grunde immer ein Kampf zwischen Arm und Reich ist. In einer Gesellschaft, die in Arme und Reiche gespalten ist, müssen die einen sich verschulden, um überhaupt überleben zu können, und die anderen sind reich genug, Geld zu verleihen – und profitieren davon. Schulden spiegeln also im Grunde den Konflikt zwischen Arm und Reich wider als Konflikt zwischen Schuldner und Gläubigern, der jedoch moralisch verdeckt wird: Wer diese Schuld nicht einlöst, der macht sich schuldig. Der Arme steht in Schuld der Reichen. Wer Geld verleiht, der tut dies nicht als Wohltäter und uneigennützig. Er verfolgt dabei ein Eigeninteresse. Ohne die Verschuldung der Armen könnte er nämlich seinen Reichtum nicht mehren. Doch genau dieser Sachverhalt wird umgedeutet und unsichtbar gemacht.

Ein Staatshaushalt funktioniert aber gerade umgekehrt: Geldvermögen der einen ist immer die Schuldenlast der anderen; Verschuldung der einen ist das Spiegelbild der Vermögen der anderen. Mit der Begriffsbildung „Staatsschuldenkrise“ wechselte man künstlich die Schuldigen: Die Staaten, welche die Banken gerettet hatten, gelten nun als die Schuldigen – und die Banken, welche die Krise erzeugt hatten, sind aus dem Blickfeld. Jetzt heißt es, dass die Staaten mit den Bürgern die Schuldigen sind, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Schulden und Guthaben sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Kreditgeber braucht den Schuldner, denn ohne ihn könnte er sein Vermögen nicht vermehren. Deshalb ist auch die Ausdehnung von Schuldverhältnissen und nicht die Tilgung von Schulden das systemische Ziel der Finanzoligarchie. Der Schuldenspirale der Schuldner entspricht deshalb auch eine Vermögensspirale auf Seiten der Gläubiger. Sie müssen nämlich für die fortwährende Vermögenssteigerung die zusätzliche und fortwährende Verschuldung der Schuldner durchsetzen, die diese in einer Schuldenspirale gefangen hält.

Was Schuldenkrise genannt wird, ist keine Krise der Schuldner, sondern eine Krise der Finanzoligarchie, die darin besteht, dass die Vermehrung ihres Vermögens in die Krise gekommen ist. Deshalb sollen nun die Bürgerinnen und Bürger mittels Rettungsschirmen, Haushaltskürzungen, Schuldenbremsen oder Fiskalpakt an die Finanzoligarchie zahlen, damit der Prozess der Vermehrung der Vermögen in Gang bleibt. Das Vermögen der Finanzoligarchie soll gerettet werden zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Die neoliberale Steuersenkungsmanie hat die Einnahmen des Staates reduziert und die Staatsaufgaben durch Verschuldung bei denen finanziert, denen der Staat zuvor die Steuern gesenkt hat. So verwundert es nicht, dass die Staaten auf private Banken und Finanzinstitute angewiesen sind, ihre Ausgaben zu finanzieren, da sie diese nicht durch Steuereinnahmen begleichen können. Schulden türmen sich auf, wenn Einnahmen und Ausgaben sich nicht im Gleichgewicht befinden.

Folgerung für eine Geldwirtschaft, die dem Leben dient

Schulden entstehen nicht, weil die „Griechen zu faul sind“ (BILD-Zeitung) oder wir „über unsere Verhältnisse leben“ (A. Merkel). Der Kapitalismus braucht die Verschuldung und

kann ohne Verschuldung das Vermögen nicht vermehren. Da offensichtlich Verschuldung nicht nur erwünscht, sondern ein notwendiger Bestandteil des destruktiven Finanzkapitalismus ist, sollte sich niemand ethisch schuldig fühlen, wenn er verschuldet ist.

Das Wachstum der Schulden ist notwendig, damit sich Vermögen überhaupt vermehren kann, und ist keine private Schuld, die auf ein Versagen von Schuldnern zurückgehen würde, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Der einzelne überschuldete Mensch steht genauso vor einem riesigen, unüberwindbaren Schuldenberg wie die Staaten.

Die Politik steht deshalb in Verantwortung für eine andere Finanzarchitektur ...

Erst ein Schuldenerlass würde diejenigen, die tatsächlich schuld an der Verschuldung sind und an der Verschuldung profitiert haben, in Pflicht nehmen. Die Auseinandersetzung um die Verschuldung ist ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen. Wir wissen um die Würde des Lebens der Menschen und halten denen, die die kulturelle, ja, zivilisatorische Errungenschaft des Sozialstaates opfern wollen, eine Befreiungstradition entgegen. Wir haben etwas zu verteidigen: den Schutz der Menschen und besonders der Armen vor den Stürmen des entfesselten Kapitalismus.

Um der Gerechtigkeit willen brauchen wir diese Revolution, an die uns auch die Bibel erinnert. Deshalb ist es Zeit, an die alte Weisheit der Religionen zu erinnern und einen Schuldenerlass zur Entschuldung der Verschuldeten durchzuführen.

Franz Segbers, geboren im Ruhrgebiet, nach Mitarbeit in der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit Dozent an der Ev. Sozialakademie Friedewald, bis 2011 Referent für Arbeit und Sozialethik im Diakonischen Werk Hessen-Nassau. Professor für Sozialethik an der Universität Marburg.

(Gekürzter und vom Autor autorisierter Text; Langfassung siehe www.Franz-Segbers.de)

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Anette Nitschmann-Mares

Kinderarmut im Ruhrgebiet

Mit betroffenen Kindern über ihre Lebenssituation reden

Im Vergleich mit anderen wohlhabenden Ländern gibt es in Deutschland eine auffällig hohe Kinderarmut. Zwar wird von positiven Entwicklungen berichtet, diese haben aber noch nicht entscheidend zu einer wirklichen Veränderung der Lebensbedingungen von Kindern geführt.

Im Ruhrgebiet sind die Kinder besonders arm. Jedes siebte Kind unter 15 Jahren lebt von Hartz IV.

In den vielen Jahren meiner beruflichen Tätigkeit im sozialen Bereich fand ich es immer wichtig und hilfreich, mit den betroffenen Kindern über ihre Lebenssituation zu sprechen.

- So erzählte mir ein Junge im Kindergartenalter von seinen Hungererfahrungen. Seine beiden älteren Geschwister



versuchten Situationen in wacher Aufmerksamkeit vorab einzuordnen, um rechtzeitig einige Lebensmittel für Krisenzeiten im Kinderzimmer zu horten,

wenn ihr Vater das Geld für seinen Alkoholkonsum ausgab. Der Junge berichtete, dass es häufig nichts zum Essen gab und er dann Steine gelutscht habe, um sein Hungergefühl zu dämpfen. Auf die Idee sei er gekommen, als er mal wieder abends im Bett sehr hungrig gewesen sei.

- In einem anderen Fall wurden zwei Jungen (2 und 4 Jahre) tagsüber oft alleine in der Wohnung zurückgelassen, gemeinsam mit den beiden Hunden, während die Eltern ihrer Tätigkeit als Schrotthändler nachgingen. Das ältere Kind erzählte, dass sie sich die Hundefutterdosen mit den Tieren geteilt hätten, wenn ihre Mutter ihnen für den Tag nichts eingekauft hatte.

- Wenn Eltern für die Versorgung der Kinder ausfallen, bilden die Kinder nicht selten eine ‚Notgemeinschaft‘ und die Älteren kümmern sich dann um die jüngeren Geschwister. So geschehen in einer Familie, wo ein Junge sich um seinen erst einige Monate alten Bruder kümmerte. Er organisierte Babynahrung, um seinem Bruder die Flasche geben zu können. Auf meine Frage, wie er denn an Wasser gekommen sei, da er selber noch nicht an den Wasserhahn reichen könne, entgegnete er: „Das Wasser für die Flasche habe ich aus der Toilette geholt.“

Was Kinder brauchen, um sich zu einer Persönlichkeit zu entwickeln, wissen wir. Trotzdem lassen wir es zu, dass Kinder noch nicht einmal eine materielle Grundversorgung haben. Wenn sich mehrere Kinder in der Familie eine Zahnbürste teilen, so ist auch das anzuprangern, wird aber von den Kindern selbst noch nicht als bedrohlich empfunden.

Hungern zu müssen ist aber weitaus schlimmer, denn diese Erfahrungen erzeugen bei einem Kind Angst und Stress und wirken sich sehr negativ auf seine weitere körperliche und seelische Entwicklung aus.

Erwachsene, die beanspruchen, die Interessen der Kinder zu vertreten, sollten viel häufiger das Gespräch mit den Kindern suchen. Kinder selbst kommen in der Praxis selten zu Wort. Die Anwendung von effektiven und zielgerichteten Hilfen zur Bekämpfung der Kinderarmut erfordert eine angemessene Beteiligung der betroffenen Kinder.

Wenig Geld zur Verfügung zu haben, bedeutet für Eltern, gut haushalten zu müssen, um den Kindern die notwendigen Dinge kaufen zu können. Geraten Eltern dann aufgrund äußerer Umstände, eigener Problematik oder Krankheit in schwierige Lebenssituationen, verschlechtert sich die materielle Grundversorgung der Kinder dramatisch. Essen, Trinken, ausreichende Bekleidung, Spielzeug, ein eigenes Bett, all diese Dinge werden dann zur Mangelware. Das Geld, das eigentlich den Kindern zugutekommen sollte, wird für andere Dinge ausgegeben. Gerade Geräte der Unterhaltungselektronik genießen einen hohen Stellenwert.

Für die Kinder beginnt dann ein täglicher Kampf um die materielle Versorgung. Viele Kinder werden von Pommes, Chips, trockenen Brötchen und Cola ernährt, oder sie müssen verdorbene Lebensmittel essen. Warme Mahlzeiten, Obst und Gemüse stehen häufig gar nicht auf dem Speiseplan.

Anette Nitschmann-Mares, Diplom-Sozialpädagogin, lebt und arbeitet in Herne, seit 1980 beim Jugendamt der Stadt

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Renate Wangelin, Bochum

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig)

Schlussredaktion:

Axel Lippek (Layout)
Ute Hüttmann (Textbearbeitung)

Titelbild:

Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Einzelpreis: 4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Jörg Schneider

Sind wir am ‚Vergriechen‘? – oder:

Strukturelle Förderung gesellschaftlicher Armut am Beispiel einer Stadt am Nordrand des Reviers

Bei der Betrachtung komplexer Themen neige ich dazu, zunächst einmal Systeme oder systematisiertes Handeln zu beobachten, um dadurch von der Makroebene auf die, wie in diesem Falle, kommunale Ebene schließen zu können. Hier geht es mir darum, die tatsächlichen Ursachen einer Misere zu erkennen, um die daraus resultierenden Fehler auf den hierarchischen Entscheidungsebenen zu verdeutlichen.

Bleiben wir doch einmal ehrlich und schauen uns ganz objektiv das uns allen bekannte System an. Ausgangspunkt der sogenannten Eurokrise ist und bleibt die Krise der Banken und Staatshaushalte. Diese wiederum wurde ursprünglich durch windige Kreditgeschäfte der Immobilienmakler hauptsächlich auf dem nordamerikanischen Kontinent ausgelöst, und sie fand ihren Höhepunkt in den Luftblasenwettgeschäften unseriöser Börsenmakler der großen Geldunternehmen dieser Welt. Es sollen sich sogar Kämmerer einzelner Kommunen an derartigen Geschäften beteiligt haben, wobei dann einige Milliarden unserer Volkswirtschaft in den Sand gesetzt und verzoxt worden sind.

Durch die o.g. Entwicklungen wurde unter anderem auch die Stabilität des Euro in starke Mitleidenschaft gezogen. Und aus der Not heraus wurde der sogenannte „EU-Fiskalpakt“ entwickelt. Man nennt ihn auch „Bankenrettungsdienst“.

Mit seinem „Ranking“ hat dieser europäische Fiskalpakt die südlichen Länder inzwischen fest am Haken. Diese Methode zur Einstufung und Einschätzung wirtschaftlicher Institute und Gebilde beruft sich auf das System der Vermutung von Wahrscheinlichkeiten und Wahrsagereien. Und dieses Ranking rankt sich mittlerweile so stark um den Hals der verarmten Nationen, dass es Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal kaum mehr Luft zum Atmen lässt. Dort sind bereits über 40% der Menschen jüngerer Generationen arbeitslos!

Aber auch die reicheren Länder bleiben nicht außen vor. Auch sie schleppen nach Ansicht europäischer Wirtschaftsexperten sozialen Ballast mit sich herum, den man schon längst hätte über Bord werfen sollen. Vor allem gibt es dort Regionen, die aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten bereits lange nicht mehr mithalten können. Um ihre eigenen Probleme in den Griff zu bekommen, konzentrieren sich die Regierungen des Bundes und der Länder nun auf die ausgewiesenen „Problemregionen“. Per Gesetz und Verordnungen beauftragen sie die dortigen Kommunen, ihre eigenen Haushaltssituationen ohne Rücksicht auf Verluste in den Griff zu bekommen. Als angenehmes und förderndes Mittel benutzt man hier bei uns in NRW das schöne Wort „kommunaler Stärkungspakt“, man hätte auch „kommunaler Fiskalpakt“ sagen können, aber wegen etwaiger Verwechslungsmöglichkeiten klingt „Stärkungspakt“ auch wesentlich positiver.

Und man lockt mit finanzieller Unterstützung, die sich unter Umständen am Ende – nachdem man alle gut funktionierenden Infrastrukturen selbsterstörerisch abgebaut hat

– als Tropfen auf den heißen Stein entpuppen kann. Wie es auf europäischer Ebene den Griechen verordnet wurde, fängt man auch bei uns bei den Kleinen an, bei denen da unten, auf der kommunalen Ebene, ohne überhaupt nur einen Gedanken darüber zu verlieren, eigene strukturelle Fehler zu hinterfragen oder zu verändern. Das System bleibt das alte: Nur die da unten machen Fehler, wir auf keinen Fall!

Und was ändert sich nun konkret durch den kommunalen Fiskalpakt in unserer kleinen Stadt am Rande des nördlichen Ruhrgebiets, in der knapp 90.000 Menschen leben? Auf dem Plan stehen: Kürzungen bei der Verbraucherberatung, beim kommunalen Bürgerfernsehen, beim Adolf-Grimme-Institut, bei der Wohnungshilfe, beim Verein „Frauen helfen Frauen“, bei der Jugend- und Drogenberatung, bei der Schuldnerberatung, bei Seniorenbegegnungsstätten, bei der sozialraumorientierten Stadtteilarbeit, bei den freien Trägern von Kindergärten, bei der Jugendbildungsstätte „Forsthaus Haidberg“, bei Sportvereinen. Sie alle stehen auf dieser Liste, weil sie zu den sogenannten ‚freiwilligen Auf- und Ausgaben‘ gehören. Vieles eigentlich Unverzichtbare, wie das städtische Hallenbad, ist schon sehr lange geschlossen.

Die Öffentliche Hand entledigt sich ihrer freiwilligen Aufgaben, um sich allein auf ihre Pflichtaufgaben zu beschränken. Trotzdem sollen die Steuern und Gebühren erhöht werden. Das Motto lautet wohl: ‚Wir sehen uns leider gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen, dafür bekommt ihr auch ein gehöriges Maß weniger an Leistungen geboten!‘

Die Finanzierung von kleinen zusätzlichen Aufgaben, die ohnehin zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Kräften getragen werden und die in vielen Bereichen präventiv und kostensenkend wirken, schafft man ab. Was die Stadt, trotz jahrelanger und permanenter Kürzungen, noch ein wenig lebens- und liebenswert erhalten hatte, wird nun zerbrochen, zertreten und zermahlen in den Mühlen der ‚Haushaltskonsolidierung‘. Und die Leidtragenden (siehe obige Liste): vorrangig die jungen Menschen, die Alten, die Kleinen und die Wehrlosen. Hier, in unserer kleinen Stadt am nördlichen Rand des Ruhrgebiets, sind wir schon längst am ‚Vergriechen‘!

Jörg Schneider arbeitet als Diplom-Sozialarbeiter im Bereich der ambulanten Jugendhilfe in Marl; seit fast zehn Jahren ist er Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes Marl e.V. Siehe auch: <http://www.marl.de/marlnach-themen/marl-spart.html>

Lesetipp

auf der AMOS-Homepage steht demnächst ein Artikel von Jürgen Klute, MdEP (Die Linke) und Mitherausgeber von AMOS: **Die Transfer-Union**. Die EU als Transfer-Union – das ist für die Bundesregierung in etwa das, was dem Teufel das Weihwasser der katholischen Kirche ist: etwas, das man um jeden Preis meiden will ...

Heiko Holtgrave

Gestaltungsspielraum geht gegen Null

Zur Haushaltssituation in Dortmund

Dortmund schrabbt bereits seit drei Jahren immer nur knapp an der sogenannten Haushaltssicherung vorbei – und steht doch noch deutlich besser da als die meisten anderen Groß- und Mittelstädte in NRW. Laut RN vom 14.8. konnten Ende letzten Jahres 142 von 396 Gemeinden keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorweisen.¹ Was so viel heißt, dass sie unter „Nothaushaltsrecht“ stehen und sich alle Ausgaben, soweit sie nicht dem Vollzug von Pflichtaufgaben dienen, vom zuständigen Regierungspräsidenten genehmigen lassen müssen.

Schon die Einleitung eines Haushaltssicherungsverfahrens, eine Sanktionsstufe noch vor dem Nothaushaltsrecht, bedeutet für die betreffende Kommune einen herben Einschnitt in ihre Autonomie: Sie muss in einem sogenannten Haushaltssicherungskonzept (HSK) nachweisen, dass sie innerhalb einer bestimmten Frist die Neuverschuldung auf Null zurückführen wird und welche Maßnahmen sie dafür ergreifen will. Das HSK ist, einmal genehmigt, für die Gemeinde bindend. Bereits hier findet eine deutliche ‚Machtverlagerung‘ statt, weg vom gewählten Kommunalparlament, hin zu Aushandlungen auf Verwaltungsebene (zwischen der Aufsichtsbehörde und der eigenen Verwaltung). Denn am Ende muss jede einzelne Maßnahme von der Aufsichtsbehörde abgesegnet werden.²

Deshalb legt die Stadt Dortmund mit Rückendeckung des Rates alles daran, da nicht hineinzugeraten. Der Kämmerer veranstaltet dazu alle paar Wochen eine Art Kassensturz, und sobald es ‚richtig eng‘ wird, greift er auch schon mal – vorübergehend – zum Mittel der Haushaltssperre. Zur Illustration: Wir sprechen hier von einem verbliebenen „Sicherheitsabstand“ von wenigen Millionen Euro, bei einem Gesamtetat von 1,9 Mrd. € im Jahr³. Da wird gestreckt und gezogen, was das Zeug hält. Oder auch mal eben der „Überschuss“ aus dem Bildungs- u. Teilhabepaket 2011 zur allgemeinen Haushaltsdeckung eingesackt. Bereits unter diesen Bedingungen ist eine längerfristige Planung und Vorsorge in vielen Bereichen nicht mehr möglich; an ihre Stelle tritt „ein chaotisches Hin und Her“ (RN)⁴, je nach aktuellem „Wasserstand“.

Gemeinden, die sich unter den Rettungsschirm „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ der NRW-Landesregierung be-

geben haben, sind noch schlechter dran. Die Auszahlung der Hilfen ist an eigene, zusätzliche „Konsolidierungsbeiträge“ gebunden, an denen die betreffenden Kommunen schwer zu knacken haben und die sie z.T. auch zu äußerst unpopulären Maßnahmen zwingen. Die kommunale Haushaltsautonomie besteht unter diesen Umständen nur noch der Form nach.

So ähnlich muss es den Regierungen gehen, die unter das Kuratel der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF gestellt sind. Die Gründe für beide Entwicklungen liegen dicht beieinander: die langjährige Schonung hoher Einkommen und Vermögen bei Steuern und Abgaben (Steuersenkungswettbewerb), ein entfesselter Finanzmarkt und der Wettbewerb bei der Senkung von Löhnen und sozialen Standards. Einschließlich der dadurch gezeitigten fiskalischen Folgen. Dass vermittels weiterer Ausgabenkürzungen die Karre aus dem Dreck gezogen werden könnte, ist bekanntermaßen ein – neoliberaleres – Ammenmärchen. Nur: Die Not der über etliche Jahre angehäuften Schuldenlast macht eben erpressbar.

Erschwerend für die Kommunen sollen jetzt die Einschränkungen hinzukommen, die sich aus dem europäischen „Fiskalpakt“ ergeben; seine Ratifizierung ist abhängig nur noch vom Spruch des BverfG, der in Kürze zu erwarten ist. Kritiker befürchten, dass dieser Vertrag den deutschen Bundesländern und Kommunen – für Einzelheiten ist hier nicht der Platz – noch das letzte bisschen Luft nehmen wird, das ihnen die 2009 per Grundgesetzänderung eingeführte „Schuldenbremse“ gelassen hat.

Anders als Griechenland haben die Kommunen keine Möglichkeit, quasi als letzten Ausweg die EU oder den Euro-Raum zu verlassen. Aber wir sollten bei alledem auch nicht übersehen, dass das, was wir in den überschuldeten Kommunen erleben, auch nicht annähernd vergleichbar ist mit den – von außen erzwungenen – Umbrüchen etwa in Spanien oder Griechenland. Wir leben, dessen sind sich hier die wenigsten bewusst, im ökonomischen Zentrum Europas und damit in einer vergleichsweise noch komfortablen Situation. Trotz der auch bei uns um sich greifenden Armut. In Zeiten der Finanzkrise ist der europäische „Fiskalpakt“ zuallererst ein Herrschaftsinstrument der wirtschaftlich stärkeren Länder, insbesondere Deutschlands, und ihrer Banken über die wirtschaftlich schwächeren EU-Mitgliedsstaaten. Dazu bietet Ersteren die Überschuldung eine willkommene Gelegenheit.

¹ „Arme Städte nehmen erste Hürde“, Ruhr-Nachrichten v. 14.8.2012

² s. hierzu ausführlich: Lars Holtkamp, Kommunale Haushaltspolitik mit leeren Kassen, Berlin 2010

³ Die Verbindlichkeiten der Stadt Dortmund aus Krediten belaufen sich auf – Stand Ende 2011 – 2,1 Mrd. Euro, übersteigen somit das Volumen eines kompletten Jahreshaushalts. Nach: IT.NRW, Tabelle 14.9101

⁴ Überschrift eines RN-Artikels über Dortmunds aktuelle Haushaltssituation, Ausgabe vom 8.8.2012

In was für einer
Gesellschaft
wollen wir leben?
www.occupybochum.de



15.02. / MI / 19:30 UHR
SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
THEATER UNTEN

Die Bochumer Occupy-Initiative und das Schauspielhaus Bochum starten eine Veranstaltungsreihe zu den Chancen der Demokratie in den Zeiten der Krisen. Den Auftakt macht eine Gesprächsrunde mit dem Titel „Bewegung in eine lebenswerte Gesellschaft“.



JÖRG BOGUMIL /
ROLF G. HEINZE / FRANZ LEHNER /
KLAUS PETER STROHMEIER



Viel erreicht – wenig gewonnen

Ein realistischer Blick
auf das Ruhrgebiet

Das Buch ist eine Gemeinschaftsproduktion von vier Professoren, die die „Liebe“ zum und die Sorge um das Ruhrgebiet eint. Auf Basis einer realistischen Bestandaufnahme der neueren sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und Strukturen beschreiben sie die Zukunftsperspektiven des Ruhrgebiets.

Es wurde im Ruhrgebiet in Sachen Strukturwandel einiges erreicht, aber es wurde nur wenig gewonnen. Die überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen, die Finanznöte der Kommunen und die Abwanderung qualifizierter junger Menschen und Familien aus der Region machen deutlich, dass das Ruhrgebiet noch längst nicht zu einer wirtschaftlich starken, international wettbewerbsfähigen Region geworden ist. Schlimmer noch: In zwei wichtigen Bereichen hat das Ruhrgebiet nicht nur nichts gewonnen, sondern viel verloren – nämlich beim Humanvermögen und bei seiner regionalen Handlungsfähigkeit.

Die Autoren plädieren für forcierte Investitionen in die Menschen, die der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte nicht nur um den Arbeitsplatz, sondern auch um zentrale gesellschaftliche Teilhabechancen gebracht hat. Eine bessere interkommunale Kooperation und zugleich die „funktionale Differenzierung“ der Kommunen, die immer auch mehr Konkurrenz bedeutet, ist unabdingbar. Und: Nur die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den Städten kann eine Wende einleiten.

→ 178 Seiten, farb. Abb., broschiert,
17,95 Euro,
ISBN 978-3-8375-0718-8

Yiannis Bourmous

Griechenland: Statt des Versuchslabors neoliberaler Diktatur – ein Leuchttfeuer europäischen Volkswiderstands für Alternativen

In den zwei Jahren, seit die verfassungswidrige Ratifizierung des ersten Memorandums mit der Troika von IWF-EU-EZB vergangen ist, ist klar geworden, was die neoliberalen politischen Kräfte planen: Griechenland als Versuchslabor von EU und IWF zu nutzen für das barbarische Experiment, soziale Rechte, Demokratie und Volkssouveränität abzuschaffen.

Die Regierung der PASOK und dann die Koalition von PASOK, ND und rechtsextremer LAOS versuchten, soziale Widerstände zu verhindern. Täglich bombardierten sie das Volk mit Zahlen, Prozenten und unverständlichen Schlagworten aus der Wirtschaft mithilfe der Fernsehnachrichten in den korruptierten Medien des Mainstream. Gleichzeitig wurde jede gesellschaftliche Mobilisierung zum Protest mit überbordender staatlicher Repression und Polizeibrutalität konfrontiert. Denn sie wollen durchsetzen, dass es keine Alternative gäbe zu diesem aktuellen neoliberalen Experiment, die Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften abzuwickeln, den Arbeitsmarkt zu „balkanisieren“, die Wohlfahrtseinrichtungen zu zerstören, die Gemeingüter auf skandalöse Weise zu privatisieren und die griechische Gesellschaft mit allen Mitteln in die Armut zu treiben.

Nach zwei Jahren lebt über 30% der Bevölkerung in Armut. Offiziell gibt es mehr als 1,2 Millionen Arbeitslose. In den ersten drei Quartalen 2011 gingen 370.000 Jobs verloren und das 2. Memorandum der Troika kündigt erneuten Verlust von weiteren 150.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor bis 2015 an. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt über 50%. Die Löhne wurden in diesen zwei Jahren in allen Sektoren um über 30% gesenkt. Der Mindestlohn im Privatsektor wurde um 22% gesenkt und sogar um 32% für jüngere Arbeitskräfte unter 25 Jahre. Das Land durchleidet im 5. Jahr in Folge Rezession und für 2012 wird ein weiterer Rückgang um mehr als 6,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angekündigt, nachdem das BIP bereits um 20% seit Beginn der Krise geschrumpft wurde. Athen hat derzeit 25.000 Obdachlose, 25% mehr als 2009. Die Selbstmordrate ist um 20% im letzten Jahr gestiegen!

Die materiellen Konsequenzen der kapitalistischen Krise sind für die unteren und mittleren Klassen derart gewaltig, dass weder die autoritäre Regierung noch die entnervende Propaganda noch staatliche Repression noch Polizeibrutalität haben verhindern können, dass Menschen sich wehren. Vor 2.500 Jahren entwickelten die wohlhabenden Bürger in Athen Demokratie, aber ihre Demokratie schloss weder die Armen noch die Sklaven ein, weder die Frauen noch die Einwanderer.

Vor einem Jahr entdeckten Athens Menschen „Demokratie“ wieder und die Welt hat als neues Wort gelernt: „Syntagma“. Wir haben uns diesen geschichtsträchtigen Platz angeeignet, indem wir protestieren und diskutieren. Gleichzeitig wieder-entdeckten wir kollektive Aktion auf örtlicher Ebene: Wir organisieren gemeinsame Versammlungen, gemeinsame Küchen, Netze praktischer Solidarität. Und in entsprechenden Versammlungen beschlossen und organisierten wir, eindeutig und nachdrücklich die neuen, illegalen Steuern/Gebühren nicht zu zahlen. Wir übernahmen die Mautstationen auf den illegal privatisierten Autobahnen im Land. In fast einem Jahr organisierten wir mehr als 13 Generalstreiks und zahllose Demonstrationen und Besetzungen von staatlichen Gebäuden.

Mit der wichtigen Rolle von SYRIZA und anderer linker und fortschrittlicher Kräfte haben wir es geschafft, dass Menschen sich von ihren Sofas erheben, ihre Isolation und Ängste überwinden und öffentliche Räume sich zu eigen machen. Einer Untersuchung zufolge hat es die griechische Bewegung der „Indignados“ geschafft, dass mehr als 2,6 Millionen Griechen im letzten Jahr in einer oder mehreren Aktionen protestiert haben. Es ist klar: Die Programme des Memorandums



und der Super-Austerität, der Wahnsinns-Sparpolitik sind nicht akzeptiert.

Diese Schockbehandlung darf nicht fortgesetzt werden!

Es muss Schluss sein mit der Unterwerfung der griechischen Verfassungsordnung und der Volkssouveränität unter die Forderung von Frau Merkel, Herrn Sarkozy und Frau Lagarde, der Banken in Europa, der Finanzmärkte und der griechischen Sozialdemokraten PASOK und ihrer noch rechteren Koalitionspartner. Am 6. Mai 2012 erreichten eine Million Griechen einen entscheidenden politischen Schritt von großer geschichtlicher Bedeutung. Sie votierten für SYRIZA/ Vereinigte Soziale Front (USF) wegen des mutigen Wider-

standes gegen die Memoranden und gegen die Super-Sparmaßnahmen. Sie vertrauten dem Weg der Alternativen durch SYRIZA/USF und ließen sich von dem Aufruf für eine linke Einheitsregierung inspirieren zur Befreiung der griechischen Bevölkerung vom fürchterlichen Memorandum-Diktat.

Unser Wahlprogramm war sehr realistisch und klar: Unser vorrangiges Ziel ist es, die Würde der Bevölkerung wieder herzustellen und einen garantierten Zugang aller Menschen zu den wesentlichen sozialen Basisdiensten – unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Das beinhaltet:

- den Stopp der Memoranden, das heißt: Aufhebung aller entsprechenden Gesetze der letzten zwei Jahre ...
- die Einführung einer radikalen Steuerpolitik, das heißt: keine weitere Besteuerung der Armut und statt dessen endlich die Besteuerung derer, die in den letzten 30 Jahren ohne Steuerzahlung durchkamen – die Werften, die Bauwirtschaft, die Eigentümer von Offshorefirmen ...
- die Nationalisierung der privaten Banken, denen in den letzten zwei Jahren mehr als 200 Milliarden Euro zugeschustert wurden; nur so können wir Niedrigzins-Kredite ermöglichen mit Effekten in der realen Wirtschaft ...
- die Beendigung der bestehenden Privatisierungsprogramme und des Ausverkaufs öffentlicher Güter. Energie, Transport, Wasser, Telekommunikation, Bildung/Erziehung/Schule und Gesundheit dürfen nicht nach dem Gesetz privaten Profits und wirtschaftlicher Gewinne laufen. Wir haben vor, diese Gesellschaften von strategischer Bedeutung zu renationalisieren, die in den letzten zwei Jahren privatisiert wurden – welch ein Skandal das ist!
- die Handhabung der Schuldenkrise nicht als ein griechisches, sondern als ein europäisches Problem zu verstehen. Unser Vorschlag: die Rückzahlung der Kredite und Zinsen 3-5 Jahre lang einfrieren und dann erst die Zahlung wieder aufnehmen, wenn es Wirtschaftswachstum gibt – wie es für Deutschland in 1953 galt ...
- den Schuldenerlass für den größeren Teil der staatlichen Schulden aller überschuldeten Länder mit größeren Problemen, angefangen bei Griechenland ...
- Kampf gegen die herrschenden EU-Verträge, für eine veränderte Rolle der EZB und innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten eine Zinsrate bis maximal 1% ...
- die Wahrung wirklicher Demokratie und das Ende des Staates mit Klientelwirtschaft und Korruption, was die PASOK und ihre noch rechteren Parteien nach 1974 praktiziert haben. Demokratische Reformen müssen beinhalten, das jetzige ungerechte Wahlverfahren zu einem wirklich repräsentativen System zu verändern ...
- das Ende staatlicher Repression und der Polizeibrutalität, u.a. die Auflösung von militarisierten Schlägertruppen der Polizei, das Verbot von Reizgas, die Entwaffnung der Polizei bei Demonstrationen.

Der größte Sieg der griechischen Linken und Gesellschaft am 6. Mai 2012 bestand nicht im Ergebnis der 17% für SYRIZA/USF. Der größte Erfolg besteht in der eindrucksvollen Rückkehr von Politik und Demokratie. Es ist die starke, eindrucksvolle und sozialpolitisch relevante Antwort der Massen gegen den „Terror neoliberaler Logik“.

Die Mehrheit der Griechen hat den neoliberalen Terror mit seinen Kampagnen verworfen. Sie verwarfen die falschen

Dilemmas der konservativen ND und der implodierenden PASOK-Sozialdemokraten, die vorgaben: „Entweder Memorandum oder wir sind raus aus der Eurozone“ und „Sparen um jeden Preis oder unkontrollierter Kollaps“. Für uns ist das wahre Dilemma: „Memoranden, Austerität/Sparwahnsinn und unkontrollierter Kollaps ODER Ablehnung der Memoranden und eine alternative Strategie, um aus der Krise herauszukommen und unsere sozialen Rechte und unsere Würde wieder zu gewinnen.“

Am 17. Juni 2012 war SYRIZA/USF nahe dran, eine linke Regierung zu bilden – zum ersten Mal in der griechischen politischen Geschichte. 1,7 Millionen griechische BürgerInnen schoben SYRIZA/USF auf 27% und brachten die Linke in die Rolle der relevanten beachtlichen Opposition, zum ersten Mal seit 1958.

Nun ist das sozio-politische Projekt des Wandels in Griechenland wirklich weit offen. SYRIZA/USF werden, ohne zu ermüden, die Arbeit in den Netzwerken praktischer Solidarität fortsetzen, in den Versammlungen der Basis, in den Gewerkschaften und auf den Straßen. Wir verbinden das mit einem Kampf im Parlament, ohne dabei lahm zu werden. Denn die nächsten reaktionären „Reformen“ der neuen Pro-Memorandum-Regierung mit ihren drei Parteien müssen wir bekämpfen.

Gleichzeitig beginnen wir bereits die Debatte über die Transformation von SYRIZA/USF von einer Koalition verschiedener politischer Identitäten, Richtungen und Wurzeln zu einer breiten, inklusiven demokratischen Partei der Alternativen Linken, deren Strukturen, Wirken und Praxis in die Lage versetzt, die gesellschaftliche Mehrheit zu überzeugen und zu gewinnen, nicht nur als Wahlerfolg, sondern als tägliche kollektive Erfahrung. Und die Erfahrung zeigt auch: Die politischen Kräfte, die in ihrem Sektierertum befangen bleiben wollen, werden keine Rolle und Wirkung in der Geschichte haben.

Yiannis Bournous, Mitglied im Zentralkomitee von Synaspismos, Hauptverantwortlicher in der Abteilung für Europäische Politik, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Europäischen Linken.

(Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Dreier)

Lesetipps

„Emanzipation – Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis“, 2. Jg. Nr. 1, Hrsg. Jakob-Moneta-Stiftung Frankfurt/M., in der Sotiris Martalis und Stathis Kouvelakis über die Folgen der Krise in Griechenland schreiben, sowie Christian Zeller (parallel zu Franz Segbers) über „Streichung der illegitimen Schulden“, sowie andere gute Artikel, u.a. Nachrufe auf Jakob Moneta

auf der AMOS-Homepage steht demnächst ein Artikel von Heiko Holtgrave (s. S. 15): **Griechenland: Als Schuldner an den Pranger gestellt.** Die Geldgeber demütigen die politische Klasse Griechenlands, wo sie nur können, und zwingen diese, ihrem Volk immer größere Opfer aufzuhalsen. Alles, was bei uns unter dem Stichwort „Agenda 2010“ durchgesetzt wurde, soll in Griechenland innerhalb weniger Wochen „nachgeholt“ werden. Und mehr noch ...

Ian Pollock

Occupy possibilities – reflections on OCCUPY, art and activism

Einleitung

Einige politische Aktivisten haben ideologische Inkohärenz und Fehlen eines konkreten Programms bei der Occupy Wall Street Bewegung als irritierend oder gar als Schwäche empfunden. Andere sahen in der Aktion, die ohne bekannte Organisationsform und ohne die gewohnten Aufrufe zur Mobilisierung entstand, nur harmloses Straßentheater.¹

In diesem Artikel möchte ich eine andere Sicht der Dinge vorstellen. Wenn man die Occupy Bewegung als culture jamming, als Aktionskunst begreift, die sich einer eindeutigen Interpretation entzieht, dann stand die Occupy Bewegung in der Tradition vieler guter Kunstwerke und ermöglichte ganz unterschiedliche Sichtweisen. So blieb die Occupy Bewegung interessant und Denkprozesse aus. Sie war in den Diskussionen und Medien in Amerika und der Welt präsent. Gerade weil die Occupy Bewegung anscheinend keine klaren Forderungen hatte, veränderte sie die nationale Debatte tiefgreifend.

Die Mehrdeutigkeit Aktionen der Occupy Bewegung, die verweigerte Antwort auf die Frage „Was ist unsere einfache Forderung“, die fehlende Führung zugunsten eines Polylogs und einer Meinungsvielfalt auf Seiten der Teilnehmer und der Beobachter: All das sorgte dafür, dass sich viele Stimmen Gehör verschaffen konnten. Bisweilen schienen sich diese Stimmen sogar zu widersprechen. Während einige eine radikale Veränderung des Wirtschaftssystems forderten und vom Ende des Kapitalismus sprachen, traten andere für eine Reform der Politik und des Finanzsektors ein.

Context/culture jamming etc.

Occupy Wall Street begann am 17. September 2011 im Zuccotti Park, der im New Yorker Bankenviertel nahe der Wall Street liegt. Wie ein Mem breitete sich Occupy schnell über die ganze USA und den Globus aus. Aufgrund einiger Berichte kann man davon ausgehen, dass ad hoc Camps in den größeren Städten von 82 Staaten organisiert wurden.

Es dauerte einige Zeit, aber dann fingen die Teilnehmer in den Camps an sich zu organisieren und Treffen abzuhalten, auf denen viele der mittlerweile bekannten Forderungen ausformuliert wurden. Anders als politische Bewegungen blieb die Occupy Bewegung im Wesentlichen ohne Führung. Teilnehmer an der Occupy Bewegung kommunizierten zwar mit der Öffentlichkeit; aber sogar als Slogans wie „Wir sind die 99%“ immer populärer wurden, blieben Vielfalt und unterschiedliche Meinungen ein Kennzeichen der Besetzungen. Es gab entschieden antikapitalistische Stimmen, die linksgerichtete Politik vergangener Bewegungen wiederbelebten. Andere verlangten eine striktere Kontrolle des existierenden kapitalistischen Systems.

Die Occupy Bewegung ist culture jamming. Der Begriff „culture jamming“ wird der Band Negativland zugeschrie-

ben, die 1984 den Begriff geprägt hat. Er geht auf die Idee des radio jamming zurück (dabei werden öffentliche Frequenzen gekapert, um sie entweder für unabhängige freie Kommunikation zu nutzen oder nur um den offiziellen Diskurs zu stören).

Culture jamming als Kunststrategie enthüllt fragwürdige politische Annahmen als Grundlage kommerzieller Kultur, indem falsche oder verwirrende Signale in Form von falschen Ankündigungen oder Presseverlautbarungen verbreitet werden oder indem Konsumartikel verändert werden.

Der Begriff geht zwar auf Negativland zurück, aber culture jamming als Strategie des kulturellen Widerstands gibt es schon länger. Er taucht in den Fotomontagen John Heartfields auf, auch in den Filmen und auf Plakaten von Projekten der Situationistischen Internationale, auf den durch die billboard liberation front verfremdeten Werbeplakaten, den veränderten Puppen der Barbie liberation front und den Identitätskorrekturen (identity corrections) der Yes Men.

Culture jamming hat mit dem kanadischen Magazin Adbusters sogar seine eigene Zeitschrift, die immer wieder Kampagnen startet, mit denen die verbreitete Konsumkultur in Frage gestellt wird. Sie soll die erste vage Idee für die Bewegung entwickelt haben, aus der dann Occupy Wall Street wurde. Die Anfänge von Adbusters gehen auch auf das First Things First Manifest zurück, unter dem sich Grafikdesigner zusammengefunden haben. Sie vertreten die Ansicht, dass „die Konsumgesellschaft gegenwärtig unangefochten existiert; sie muss durch neue Sichtweisen herausgefordert werden, und zwar auch über die visuelle Sprache und die Gestaltungskraft des Designs.“

Am 13. Juli 2011 verschickte die kanadische Zeitschrift Adbusters den folgenden Auszug an alle Empfänger auf ihrer E-Mail Liste: „Am 17. September wollen wir sehen, wie 20.000 Menschen nach Manhattan strömen, Zelte und Küchen aufbauen und friedliche Barrikaden errichten und ein paar Monate lang Wall Street besetzen. Wenn wir einmal dort sind, werden wir eine einfache Forderung mit einer Vielfalt von Stimmen ohne Unterbrechung wiederholen. Tahrir war nicht zuletzt erfolgreich, weil das ägyptische Volk ein deutliches Ultimatum – „Mubarak muss gehen“ – wieder und wieder stellte, bis es gewonnen hatte. Wenn wir diesem Beispiel folgen, was ist unsere genauso griffige Forderung?“

Der Erfolg von Occupy kann teilweise auf eine geniale Markenbildung und Marketing zurückgeführt werden. Es war ein einziges Wort: ein Aufruf zum Handeln – ein Verb zum Mobilisieren – ein Aufruf zur Demonstration – es beschrieb die Aktion selber – es beschrieb das Phänomen, dessen Zeuge man wurde. Occupy Wall Street kann auch als eine massive Zusammenarbeit im Sinne von culture jamming verstanden werden. Es war ein solches Störmanöver, dass das Wort „occupy“ eins der weltweit am meisten gebrauchten Wörter von 2011 und 2012 wurde.

Durch Denken versuchen Menschen, die Welt zu verstehen. Das Gehirn ist ein Filter, der die Dinge in der Welt wahrnimmt, deren bestimmende Merkmale herausarbeitet und nach dem wesentlichen und konstanten Wert dieser Dinge sucht. Unsere Erkenntnis der Welt darf sich also nicht nur auf die Fakten stützen, die wir beobachten, sondern auch auf die Art und Weise, mit der das Gehirn diese Fakten verarbeitet.

Occupy Wall Street war deutlich sichtbar, strahlte in die ganze Welt aus, zu groß um ignoriert zu werden. Wer damit konfrontiert wurde, begann nachzudenken, über das Zählbare, Sichtbare, Greifbare. Wenn man all das zusammenfügte, handelte es sich in der Tat um eine Besetzung durchgeführt von einer großen Anzahl Menschen. Schon der Name der Aktion drückte es aus. Auch der Grund, warum das passierte, war mehr oder weniger klar – die Wirtschaft war in einer miserablen Verfassung und etwas, irgendetwas musste getan werden.

Aber niemand schien zu wissen, welche Forderungen die Besetzer eigentlich stellten, oder genauer gesagt, jeder schien etwas anderes zu wissen. Auch die Massenmedien, deren Aufgabe es ist, uns die Welt näher zu bringen und uns zu helfen sie zu verstehen, standen dem Phänomen ratlos gegenüber. Schlimmer noch: die Zeit verging, aber die Mehrdeutigkeit nahm nicht ab. Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem deutlich Sichtbaren und dem undefinierbaren schuf das einzigartige Medienereignis genannt Occupy Bewegung. Dass die Diskussion sich weiter entwickelte, lag nicht zuletzt daran, dass es keine Etiketten gab, keine bekannten Ideologien, und dass eine einfache Einsortierung in eine vorhandene Schublade sich als unmöglich herausstellte.

Zuweilen sehen wir in den Massenmedien wie z.B. Zeitungen, Fernsehen oder Radio eine Art Erweiterung unserer Sinne. Wir glauben, dass sie das einfangen, was wichtig für uns ist und dass sie uns helfen zu verstehen. Als die Medien jedoch versuchten darzustellen, worum es bei der Occupy Bewegung überhaupt ging, wurde immer deutlicher, dass es keine allgemeingültige Antwort gab.

Vielleicht können wir hier einen Zusammenhang mit der Art Medien sehen, die ein Ereignis auf einen einzigen Informationsstrom reduzieren, z.B. in einer Radiosendung oder in einem Zeitungsartikel, und das Ergebnis dann an viele Menschen und an etablierte politische Bewegungen weitergeben, die eine vereinheitlichte Stimme haben, die im Namen der Massen spricht. Jetzt spulen wir zum Jahr 2012 vor und sehen neu entstandene Medien – Ustream, Twitter, Facebook

– ein Zeitalter der Kommunikation vieler mit vielen. Neue Medien, die eine Vielzahl von Stimmen einer Bewegung repräsentieren, die unterschiedliche Forderungen hat. Occupy Wall Street war ein Ereignis vieler für viele, ohne Führung, nicht durch den Kampf für eine Sache vereint, sondern ein Widerstand gegen einen bestehenden Zustand.

Vielleicht können wir auch einen Zusammenhang zwischen der Occupy Bewegung und einem Kunstwerk sehen, das sich einer eindeutigen Interpretation entzieht und stattdessen für Vieldeutigkeit und Meinungsvielfalt steht. Occupy Wall Street war ein Kunstwerk, das durch den Teilnehmer und den Beobachter vollendet wurde. Es gab genug Raum für jeden, die Aktion in seinem Sinne zu interpretieren. Individuelle Ideen und ureigene Deutung konnten aus der Aktion hervorgehen, und es gab keine fest umrissene Idee am Anfang der Aktion.

Schlussbetrachtung

Vieldeutigkeit wird manchmal als fehlende Sicherheit beschrieben oder als Ergebnis begrenzten Wissens, als Unmöglichkeit, einen existierenden Zustand zu beschreiben oder als eine mögliche Entwicklung in der Zukunft, oder dass mehr als ein einziges Ergebnis möglich ist.

Der Verstand ist das Instrument des Menschen, mit dem er die Welt erklärt. Er ist ein Filter, der die Dinge in der Welt wahrnimmt, die wesentlichen Merkmale der Dinge in der Welt extrahiert und nach den wesentlichen und konstanten Werten dieser Dinge sucht. Unsere Erkenntnis der Welt darf sich also nicht nur auf die Fakten stützen, die wir beobachten, sondern auch auf die Art, mit der das Gehirn diese Fakten verarbeitet.

In dem Artikel „The neurology of ambiguity“² spricht Semir Zeki über Ambiguität in der Kunst. Ambiguität ist nicht gleichzusetzen mit Unsicherheit bei der Deutung, sondern sie ist eher die rasche Folge von Gewissheiten „auf bewusster Ebene – die Gewissheit von vielen, gleichermaßen plausiblen Interpretationen, von denen jede zutrifft, sobald sie das Stadium des Bewusstseins erreicht.“

Er fährt fort, dass „jede Interpretation ... ebenso zutreffend ist wie die anderen Interpretationen, und dass es keine richtige Interpretation gibt. Daher ist Vieldeutigkeit die andere Seite von Beständigkeit.“

Zeki stellt fest, dass dieser konstante Wechsel zwischen mehr als einer von vielen gleichermaßen gültigen Sichtweisen das Kennzeichen großer Kunstwerke ist. Seine neurolo-



gischen Forschungen könnten nahelegen, dass das an der Art von Gehirnaktivität liegt, die beim Betrachten entsteht.

In einer Studie³ von Martina Jakesch und Helmut Leder wird Vieldeutigkeit in Verbindung mit Interessantheit grafisch dargestellt. Heraus kam eine umgekehrte U-förmige Funktionskurve, die die Autoren mit Berlynes Erregungstheorie korrelieren.

Die Occupy Bewegung hat die Frage „Was ist unsere eine wichtige Forderung?“ nicht beantworten wollen und hat damit nicht nur bei den Teilnehmern die Suche nach einer Antwort angeregt, sondern was noch wichtiger war, auch bei den Beobachtern. Die fortgesetzte Suche nach einer Antwort ermöglichte es die Occupy Bewegung, die Debatte wach zu halten und hatte zur Folge, dass sich eine Vielzahl politischer Plattformen entwickelte. Vor allem die Debatte um eine strafere Regulierung der Banken und die Debatten um Kapitalerträge, Steuersätze und die so genannten 99%. Die Debatte über gesellschaftliche Klassen und Reichtum, die in den USA von 2010 nicht einmal angedacht werden konnte, ist jetzt zum Bestandteil der nationalen Debatte geworden und wird in den Wahlen von 2012 eine wichtige Rolle spielen.

Wenn wir den Mangel an ideologischer Klarheit und Identifizierung in der Occupy Bewegung sehen und feststellen, dass die Frage nach der einen gemeinsamen Forderung nicht beantwortet wurde, dann mag die Spekulation darüber erlaubt sein, warum Occupy Wall Street die Aufmerksamkeit und die Fantasie so vieler Menschen und nicht zuletzt der Medien erreichen konnte.

Es könnte auch erklären, warum die beiden Strategien, nämlich physisch aus dem sichtbaren Umfeld entfernt zu werden oder offiziell durch die documenta art biennale [sic] oder zivilgesellschaftliche Organisationen sanktioniert zu werden, letztlich Interesse und Aktivitäten zum Versiegen bringen konnten. Durch die Überführung der Vieldeutigkeit von „Was ist occupy?“ in eine reine Oppositions- und Protestbewegung ließ die Neugier der Öffentlichkeit nach und in der Folge auch die Berichterstattung der Medien über die Bewegung.

Vielleicht muss die Frage „Was ist unsere eine Forderung?“ jetzt umformuliert werden in „Was wird unsere nächste große Aktion?“

¹ 3. Mai 2012 Deciphering the Occupy Wall Street Movement By Robert Weissberg. http://www.americanthinker.com/2012/05/deciphering_the_occupy_wall_street_movement.html

² „The neurology of ambiguity“ *Consciousness and Cognition* 13 (2004) 173–196. Semir Zeki

³ „Finding meaning in art: Preferred levels of ambiguity in art appreciation“ *Experimental Psychology* (November 2009); 62 (11): 2105 – 2112. Martina Jakesch and Helmut Leder

Ian Pollock ist ein digital arbeitender Medienkünstler mit Abschlüssen zu Fine Art in New Media des San Francisco Art Institute und Berkeley. Er schließt gerade den Master of Education der San Francisco State University ab. Er lehrte bisher in den USA, im Libanon, Ägypten und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Er hat national und international ausgestellt.

Seine Arbeitsmappen sind abrufbar auf: <http://www.biasmap.org>, <http://www.GuerillaGraffers.org>, das gerade als Teil von <http://www.spontaneousinterventions.org> in der 13. Architekturbiennale in Venedig ausgestellt wird.

Übertragung aus dem Englischen von Manfred Pegam, Bochum

Für eine weitere Analyse der US-Occupy-Bewegung empfehlen wir englisch-sprechenden LeserInnen: <http://www.solidarity-us.org/site/node/3663>

Willibald Jacob

Transformation – was ist das?

Anmerkungen zum Transformations-Kongress

Drei Kontinente schwimmen aufeinander zu: der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Evangelische Kirche in Deutschland und der Deutsche Naturschutzring. Ein sogenannter Transformationskongress „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“ fand am 8. und 9. Juni 2012 in Berlin statt.

In den Eingangsreferaten betonten die drei Repräsentanten Michael Sommer (DGB), Nikolaus Schneider (EKD) und Michael Müller (für den erkrankten Hubert Weinzierl) die Erstmaligkeit des Zusammengehens. In einer Welt des Brutalkapitalismus sei eine Umkehr einzuleiten (Sommer). Eine besondere gesellschaftliche Situation zwingt zum Reagieren (Schneider). Wir erleben ein Rendezvous der Geschichte, ja, des Schicksals, eine Situation, in der keine alten Antworten erlaubt sind (Müller).

Die acht ebenfalls hochrangig besetzten Arbeitsgruppen drehten sich um die Themenfelder: Regulierte Märkte, Technologiepolitik, Green Jobs, Demokratisierung der Wirtschaft, Energiewende, Nach Peak Oil, Ernährungssicherheit, Demokratie und Beteiligung. Programmatisch auffällig: Es fehlte die Friedensfrage. In der von mir besuchten AG „Demokratisierung der Wirtschaft und nachhaltiges Wettbewerbsrecht – für zukunftsfähige Unternehmen“ konnte die Systemfrage nicht diskutiert werden. Drei ostdeutsche Teilnehmer von der Akademie Solidarische Ökonomie ließen nicht locker. Sie bejahten natürlich den Kampf um bessere Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen, forderten aber ebenso konsequent die Wachheit dafür, dass das System transformiert werden muss; sonst verlöre man sich in Einzelaktionen. Einer der Professoren reagierte deutlich: „Wer die Systemfrage stellt, verhindert den Dialog.“

Ein Höhepunkt der Selbstvergessenheit wurde die Runde der Bundespolitiker ohne FDP und die Linke (Gregor Gysi musste kurzfristig absagen). Die Verbleibenden waren Frank-Walter Steinmeier (SPD), Claudia Roth (B90/Die Grünen) und Peter Altmaier (CDU); dazu kam Brigitte Unger (Hans Böckler Stiftung). Applaus und Buhrufe hielten sich im Publikum die Waage. Eine Runde der bundestäglichen Selbstrechtfertigung und der (christlich gesprochen) Unbußfertigkeit. Niemand von den Bundespolitikern konnte die objektiven Faktoren nennen, die diese Krise vorantreiben; sie alle standen vor einem „noch nie dagewesenen unfasslichen Phänomen“. Ein Bild zum Heulen und zur Aufforderung, die Akteure von der Bundespolitik zu bedauern oder gar zu bemitleiden.

Der Kongress endete mit Berichten aus den Gruppen und einer Podiumsdiskussion. Sorgfältig wurde durch die Kongressleitung vermieden, die „Systemfrage“ aus drei AGs ins Plenum zu transportieren. Auch die letzten schriftlichen Anfragen dieser Art wurden unterdrückt.

Die Frage nach der Weiterarbeit in regionalen Kongressen wurde vom Plenum und von Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbänden begrüßt. Der Vertreter der Kirche machte den Vorschlag, auch die Unternehmensvertreter einzuladen.

Erledigt sich auch damit die Systemfrage? Ist an die Stelle des alten Bündnisses von Thron und Altar ein neues Bündnis von Kapital und Kirche getreten?

Dr. Willibald Jacob, Pfr. Ev.Kirche Berlin-Brandenburg, Ingenieur für Straßenbau, Mitarbeiter des Förderkreises Indien beim Solidaritätsdienst International e.V. Er verweist auf die aktuelle Debatte in www.zurSystemfrage.org.

Sumaya Farhat-Naser

Friedensarbeit in Palästina

ZWURFF

Bittere Erfahrungen der Demütigung, Unterdrückung, Entrechtung sowie der ständigen Gefahr, angegriffen zu werden, halten die Angst um die Existenz und das Leben aufrecht und verschließen die Herzen. Wut, Zorn und Hass beherrschen die Menschen. Die Ohnmacht lähmt und raubt einem den Glauben, der Friede könnte erreicht werden. Was die Menschen trennt, ist nicht das ethnische oder religiöse Anderssein, sondern die alltägliche Praxis und Ideologie der Besatzung. Die eine Seite gedeiht und entwickelt sich auf Kosten der anderen und produziert ständig neu das Ausschließen und Ausgrenzen, in dem Menschen- und Völkerrechte keinen Platz haben.

Die Besatzung verhindert das Reifen von demokratischen Strukturen, und mit scheindemokratisch verfassten Regelungen wird Diskriminierung und Entrechtung legalisiert. Ein Chaos breitet sich leicht aus. Familienstrukturen zerreißen und Vertrauen wird infrage gestellt. Es fehlt die Freiheit für Bewegung, Planung und Entwicklung. Es fehlt die Akkumulation von positiven Erkenntnissen und Erfahrungen, die die Richtung zeigen und justieren würden zu einer besseren Zukunft. Der Gedanke bedrückt uns, dass ein normales Leben nebeneinander in Freiheit und Sicherheit nicht gewollt ist. Die Zertrennung beider Gesellschaften durch Mauern, Bewachung, Verbote der Begegnung und andere Methoden der Erzeugung von systematisch belebter Angst verhindern, dass sich die Menschen als Menschen begegnen, austauschen und erkennen: Sie beide leiden an Demselben und wollen Dasselbe – nämlich Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und ein normales Leben. Zwei Völker leiden und sind traumatisiert. Ein normales Leben im Alltag würde bald die Herzen und Räume weit öffnen, um mit Gelassenheit zuhören, Anteilnahme zeigen und Gefühle ausdrücken zu können. Gegenseitiges Anerkennen und Respektieren des Leidens wäre der Weg, um gemeinsam Heilung zu finden. Es muss möglich sein, es muss gewollt sein, es muss daran geglaubt werden. Wir brauchen nur Ja zu sagen.

Wie gehen wir inzwischen um mit der verstrickten und schweren Situation, wie retten wir unsere Jugend vor dem Zerbrechen? Allein durch das Arbeiten an uns selbst. Wir stärken uns selber in dem Guten, das jedem von uns Menschen innewohnt, und in dem, das uns anvertraut worden ist. Die Kraft zum Frieden in sich selbst zu suchen kann der Startpunkt sein, den Frieden mit den anderen zu erreichen.

„Erziehung zum Frieden“ ist das gemeinsame Erlernen von Frieden. Das öffnet neue Optionen der Wahrnehmung, des Denkens und der Kommunikation und erweckt die Freude am Leben. Das Erlernen von Frieden, das ist das gegenseitige Kennenlernen – mit Respekt die gegenseitige kulturelle Identität und historische Erfahrung wahrzunehmen und anzuerkennen und die Unterschiede als Bereicherung anzusehen. Das ist, die Denk- und Verhaltensweisen dabei aufzuschlüsseln und transparent zu machen, um Verständigung und Versöhnung zu ermöglichen. Das ist die Bereitschaft, zuzuhören

und zu erkunden, was die anderen erfreut oder verletzt. Es bedeutet, aufeinander zuzugehen in religiösen und kulturellen Fragen und die Fremdheit abzuschütteln. Es bedeutet keineswegs, zu kapitulieren oder sich zu unterwerfen, sondern sich selbst treu zu bleiben, die eigene Identität zu wahren und die für sich selbst beanspruchten Rechte auch den anderen zuzusprechen. Es bedeutet, zu wagen, sich in die Augen zu schauen und Dinge beim Namen zu nennen. Das ist die Basis für Annäherung und Verständigung auf derselben Ebene. Überheblichkeit scheitert.

Es ist Arbeit, Friedensarbeit, und dabei ist die Beachtung und das Aufdecken wie auch Respektieren und Gestehen von Verletzungen, Wut, Enttäuschungen und Rückschlägen wichtig. Genau so wichtig ist: Verständnis aufbringen für die Sorgen und Ängste der anderen, das Positive benennen und wachhalten, die kleinen Schritte auf dem Weg zur Verständigung aufzeigen und hervorheben. Das ermöglicht den produktiven und erfreulichen Dialog. Das Ausbreiten verschiedener Gesichtspunkte einer Verhaltensweise und das Ansprechen von Missverständnissen mit Offenheit, Ehrlichkeit und gegenseitigem Respekt bieten Erklärung und Annäherung. Das aktive Mitwirken der Beteiligten prägt die Diskussion: Was fühlst Du, wenn er, sie diese Aussage macht? Wie sage ich das anders, wie mache ich mich verständlich? Ziel ist zu überzeugen, Konsens zu finden und – wenn das nicht möglich scheint – respektvoll die Differenzen anerkennen, behutsam stehen lassen, willig bleiben, sie später aufzugreifen.

Mit solchen Impulsen gestalte ich die Grundlagen meiner Friedensarbeit in Palästina an Schulen und der Universität und in Gruppen mit jungen Müttern. Es hat höchste Priorität, dass Friedenserziehung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und an allen Ausbildungsstätten ein Kernbestandteil des Pflichtcurriculums wird. In Medien und Fortbildungsprogrammen sollten alle Bevölkerungsschichten eine Friedensbildungs-Strategie anstreben. Friedenskommunikation muss gelernt werden, eine Sprache des Friedens muss entwickelt werden und erst recht sollten Politiker die Sprache des Friedens anwenden. Selbstverständlich müssten die personellen und finanziellen Mittel, um dieses Kennen-Lernen auf breiter Ebene zu ermöglichen, in konkrete Planungen eingebunden werden. Es wird Zeit, auf allen Seiten.

Sumaya Farhat-Naser, palästinensische Christin, Stipendiatin beim Ev. Studienwerk Villigst, hat in Hamburg studiert, ist promovierte Botanikerin, arbeitete von 1982 – 1997 als Professorin an der Universität Bir Zeit und leitete 1997 – 2001 das damals jüdisch-palästinensische Jerusalem Center of Women, schrieb Bücher über das Leben in Palästina – und engagiert sich in der Westbank als Mentorin für Friedensarbeit und gewaltlose Konfliktbewältigung von Jugendlichen und Frauen. Sie ist vielfache Preisträgerin.

Träger der Fortbildung und Friedenserziehung ist das Berliner Missionswerk. Spendenkonto zur Unterstützung der Fortbildung und Friedensarbeit in Palästina:

*Berliner Missionswerk. Projektnummer 4613
Evangelische Darlehnsgenossenschaft (EDG) Kiel,
BLZ 100 602 37 – Konto-Nr: 777820*

BIC: GENODEF1EDG – IBAN: DE35 2106 0237 0000 777 820

Angelika und Anton Schlösser, Manfred Walz

Menschenorte 16

Cali, Wattenscheid und die Welt – bei Gladys und Ciro

Ciro kam 1959 mit einem Stipendium aus Kolumbien ins Ruhrgebiet, Gladys folgte ihm 1996. 1993 trafen sie sich in Kolumbien. Er wollte sein Heimatland mit einem geländegängigen Auto befahren, sie suchte ein Telefon im Autohaus neben ihrem Büro und fand ihn – oder er sie? Beide kommen aus Cali, der drittgrößten Stadt Kolumbiens, früher so groß wie Bochum. Heute hat sie 2,6 Millionen Einwohner, sodass Ciro Mühe hatte, sein Elternhaus, das früher am Stadtrand lag, wiederzufinden. Ciro entschied sich nach zwei Semestern in Clausthal-Zellerfeld gegen sein ursprüngliches Studienziel, als Mineningenieur Kolumbiens Kohle zu heben, für ein Studium der Wirtschaftswissenschaften in Bochum. Zwei Jahre unter Tage als Gedingeschlepper in der Zeche General Blumenthal sicherten ihm nach zeitweiliger Aberkennung seines Stipendiums den Lebensunterhalt. Nach dem Zwischenexamen wurde er wieder gefördert und bekam gleich einen Arbeitsvertrag bei der Bergbauforschung in Essen. Anders als es die damalige Regelung vorsah – 14 Tage nach Studienabschluss zurück in die Heimat – arbeitete er über 30 Jahre in der Technologiefolgenabschätzung. Eine Schlüsselerfahrung – er war dreizehn Jahre alt – war der mörderische Messerüberfall auf seinen Vater am Weihnachtstisch der Familie: Zwei Uniformierte schirmten drei gedungene Mörder ab, als sie den Vater niederstachen. Der Vater hatte gewagt, von Landnahme bedrohte arme Bauern zu unterstützen. Die „übliche“ öffentliche Denunziation in der Kirche von der Kanzel herab, letzte Warnung für ausgesuchte Opfer der politischen Macht, war in diesem Fall nicht erfolgt. Aber die Familie hatte ver-



standen und verließ ihr Landgut. Später wandten sich Ciro und seine Geschwister noch weiter ab, bis nach Europa. Kolumbien ist nach wie vor sein Land, das er zwar regelmäßig besucht, in das er aber wohl nicht mehr zurückkehren wird. Viele der Familie, der Freunde von Gladys und Ciro haben in den letzten

Jahrzehnten Kolumbien verlassen – vor einer alltäglicher werdenden Gewalt. Manche wie die Schwester und der Bruder sind dennoch zurückgekehrt. Gladys sagt, als Ausländer verliert man in der Ferne Jahr um Jahr das eigene Land ein Stück mehr. Familie, Geschwister und ein Kind leben noch dort. Wenn man zu Besuch kommt, ist man fremd. Das fängt bei der Sprache an, bei einzelnen Worten und bei der Sprachmelodie. Ihre Mutter kam von der karibischen Küste. Man macht sich lustig über die „costeños“: Sie sprechen sehr schnell und sei-

en faul, aber listig. Mutig, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, kam Gladys zu Ciro nach Deutschland. Sie begann beim Asta 1997 einen Deutschkurs, lernte Grammatik, lesen und sprechen, zuhause mit Ciro – „un ratón de biblioteca“, einer Leseratte. Karl May und Rudolf Steiner halfen ihren Wortschatz aufzubauen. Sie wollte unbedingt „ankommen“, arbeiten, Leute treffen. Bis eines Tags ihr „ein Engel aus Kolumbien“ sag-



te, dass sie wundervoll Spanisch spreche und langsam – sehr gut für Deutsche. Ein Kurs „conversación fácil“

in Waltrop brauche jemanden, die nur Spanisch spreche. Die folgenden sechs Jahre bis heute gibt sie Spanisch für Deutsche. Daneben tut sie vieles, wie Kinder mit dem Bus zur Schule fahren, die eigenen herangewachsenen Kinder leidenschaftlich bekochen und Gäste bewirten im Wattenscheider Haus – die große Kruppindustrie am Bochumer Horizont. Kolumbien scheint weit, aber die Welt ist nah, über die vielen Verwandten in aller Welt, die deutschen und spanischen Freunde und Nachbarn. Das Haus liegt ruhig und abseits in einer Kolonie der 1930er Jahre. Weißnormal getüncht von außen und fröhlich von innen. Ciro malt große, farbenfroh strahlende Bilder mit karibischen Menschen, er hat Gitarrespielen begonnen. Gladys singt mit starker Stimme Flamenco. Sie hat ihre Sprachmelodie gehalten – anders als der fast schon eingedeutschte Ciro. Wir werden köstlich bewirtet mit „carimanolas“, einer Spezialität der kolumbianischen Atlantikküste, und mit einem Lächeln und Winken auf eine deutsche Siedlungsstraße verabschiedet.

Angelika und Anton Schlösser, (s. Menschenorte 15 in AMOS 2/2012) (Text) Manfred Walz, Jg. 1940, in *Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner für AMOS* (Foto + Zeichnung)

Lesetipps:

Soeben erschienen:

Breaking the Silence.

Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten.

Econ Verlag, Berlin September 2012, 416 S., geb. mit Schutzumschlag

Maximilien Le Roy

Die Mauer. Bericht aus Palästina (Comic-Geschichten)

Edition Moderne, 2012, 104 S., farbig/Klappenbrosch.,

Joe Sacco

Gaza (Comic-Reportage)

Edition Moderne, 2011, 432 S.

Uri Shani

Nemashim. Ein arabisch-hebräisches Theaterprojekt

AphorismA Verlag, Berlin 2011, 164 S.

Uri Avnery – 28. Juli 2012

Zionismus reden

Heute ist der Zionismus in den Händen der extremen Rechten, einer Mischung von Nationalisten, religiösen Fanatikern und den Siedlern, unterstützt von sehr reichen Juden innerhalb und außerhalb Israels. Sie beherrschen die Nachrichten, direkt (ihnen gehören die TV-Netzwerke und die Zeitungen) und metaphorisch. Jeden Tag enthalten die Nachrichten viele Themen, die den „Zionismus“ betreffen.

Um des Zionismus' willen werden Beduinen innerhalb des eigentlichen Israels zwangsweise aus großen Teilen Landes, den sie Jahrhunderte lang bewohnten, vertrieben. Um des Zionismus' willen erhält ein Siedlerkolleg tief in den besetzten Gebieten (durch den Militärgouverneur!) den Status einer „Universität“ und geben damit den Organisatoren eines internationalen, akademischen Boykotts gegen Israel neuen Schwung. Hunderte neuer Gebäude werden in den Siedlungen auf privatem palästinensischen Land im Namen des Zionismus' gebaut. In Ramallah, der Hauptstadt der palästinensischen Behörde, jagen israelische Soldaten Afrikaner, die das Land illegal betreten haben und keine israelische Einwanderungsgenehmigung haben. In der Tat verwendet unser Innenminister, dessen einzige Passion die Jagd auf afrikanische Jobsucher zu sein scheint, das Wort Zionismus in fast jedem Satz.

Im Namen des Zionismus' sendet unser fanatisch rechter Bildungsminister alle israelischen Schulkinder auf Indoktrinierungsausflüge zu den heiligen Stätten in die besetzten Gebiete, um ihrem Bewusstsein von früh an einzuflößen, dass das Land ihnen gehört. Um ihre zionistischen Überzeugungen zu stärken, werden sie auch – wenn sie älter sind – nach Auschwitz geschickt.

Die Siedler behaupten – nicht ganz unberechtigt –, dass sie die einzigen wirklichen Zionisten sind, die rechtmäßigen Erben von 130 Jahren zionistischer Siedlung und Ausdehnung. Dies gibt ihnen das Recht für ihre Aktivitäten, riesige Summen aus der Staatskasse zu erhalten, während neue Steuern selbst von den Ärmsten der Armen in Israel erhoben werden, wie die um ein weiteres Prozent aufgestockte Mehrwertsteuer.

Die Jüdische Agentur, ein Ableger der Zionistischen Weltorganisation, gibt fast all seine Ressourcen an die Siedlungen.

Es gibt in der Knesset (außer den Orthodoxen, den zwei kleinen arabischen und vor allem der arabisch kommunistischen Fraktion) keine Fraktion, die ihre totale Ergebenheit gegenüber dem Zionismus nicht laut erklärt. Tatsächlich behauptet die zionistische Linke, wahre Zionisten zu sein als die Rechte.

Wohin führt dies alles? Ah, da liegt der Hase im Pfeffer. Die augenblicklich entschiedene zionistische Politik des Staates Israel umfasst ein inhärentes Paradox, das zur Selbstzerstörung führt.

Die Politik unserer Regierung gründet sich auf die Erhaltung des Status quo: das ganze historische Erez Israel/Palästina unter die israelische Herrschaft, die Westbank in einem Status der Besatzung, und Israels palästinensischen Bewohner ohne nationale oder zivile Rechte.

Falls zu einem gewissen Zeitpunkt in der Zukunft eine rechte Regierung entscheidet, die Westbank und den Gazastreifen „offiziell“ zu annektieren – wie Ost-Jerusalem und die syrischen Golanhöhen schon lange annektiert, vom Rest der Welt aber nicht anerkannt wurden –, wird es kaum einen wirklichen Unterschied ausmachen. Die meisten Palästinenser sind schon auf Enklaven begrenzt, die denen der südafrikanischen Bantustans vergangener Tage ähneln.

In diesem Groß-Israel werden die Araber immer weniger überzeugend eine Minderheit von mindestens 40% darstellen, die rasch auf 50% und mehr anwächst und es immer schwieriger macht, dies einen „jüdischen Staat“ zu nennen. Der „jüdische und demokratische Staat“ wird eine Sache der Vergangenheit sein.

Natürlich würde praktisch keiner in Israel davon träumen, den arabischen Bewohnern von Groß-Israel die Staatsbürgerschaft und demokratischen Rechte zu gewähren. Falls vielleicht durch göttliche Intervention dies passiert, würde es nicht länger ein „jüdischer Staat“, es würde ein „arabisch palästinensischer Staat“ sein.

Der einzige Ausweg würde eine ethnische Säuberung in großem Ausmaß sein. Langsam geschieht das schon in Randgebieten. Seit einiger Zeit versuchen die Besatzungsbehörden an den Rändern der Westbank, am Rande der Wüste südlich von Hebron, die ganze arabische Bevölkerung zu entfernen. In dieser Woche hat der Verteidigungsminister Ehud Barak das Gebiet zu einer Schießzone erklärt, die sofort evakuiert werden müsse. Diejenigen, die dort bleiben, nehmen das Risiko auf sich, erschossen zu werden. Bauern könnten auf ihr Land zurückkehren, um dort zu arbeiten, aber nur am Schabbat und an jüdischen Feiertagen, wenn die Armee nicht dort ist. Zionismus in Aktion.

Zur Zeit leben zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan fünf Millionen Palästinenser und sechs Millionen Juden. Die ethnische Säuberung des Landes ist – gelinde gesagt – höchst unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist die Realität eines Apartheidstaates, in dem Juden bald in der Minderheit sein werden. Es ist nicht die Vision, die die zionistischen Gründungsväter hatten. Die einzige Alternative ist der Frieden – Israel und Palästina Seite an Seite –, aber das nennt man jetzt Post-Zionismus. Gott bewahre! Unsere Führer weichen dieser Realität durch einen einfachen Kunstgriff aus: Sie denken nicht darüber nach. Sie reden nicht darüber. Sie reden lieber Zionismus – eine Reihe leerer Phrasen. Aber irgendwann in der Zukunft muss man sich den Widersprüchen des Zionismus' stellen.

Uri Avnery, 1923 geboren in Beckum/Westfalen, israelischer Journalist und langjähriger Menschenrechts- und Friedensaktivist (Gush Shalom)

– Biografisches und alle seine (auch diesen hier in voller Länge) ins Deutsche übersetzten Artikel siehe: www.uri-avnery.de.

– Gush Shalom (www.gush-shalom.org) bittet um Spenden zur Finanzierung von Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

(gekürzt von AMOS; aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

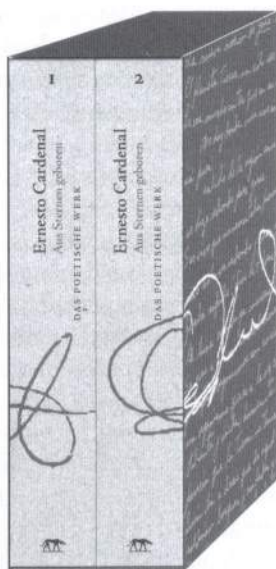
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Aus Sternen geboren

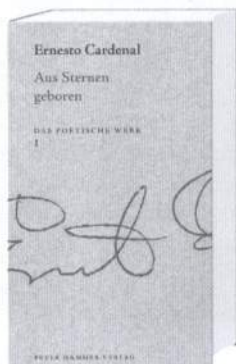
Das poetische Werk Ernesto Cardenals
Jetzt als Gesamtausgabe



Ernesto Cardenals Verse sind Ausdruck all dessen, wofür er steht: für eine Theologie, die sich der Trennung von Diesseits und Jenseits entzieht, für den Glauben an eine Welt, die der Harmonie zustrebt und schließlich für ein besonderes Verständnis von der Liebe. Es schließt Sinnlichkeit und Begehren ein, umgreift mühelos die gesamte Schöpfung vom Allerkleinsten bis zum Kosmos und mündet in Verantwortung.

Die Gesamtausgabe enthält neben allen Gedichten auch die *Psalmen* und das Opus magnum *Canticó Cosmico*.

Ernesto Cardenal
Aus Sternen geboren | Gesamtausgabe
2 Bände in Falthülle
1120 S., Klappenbroschur, € 56,-
ISBN 978-3-7795-0416-0



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de